

Pofener Tageblatt

Angengläser
in jeder Ausführung
H. Foerster
Diplom-Optiker
Poznań
ul. Fr. Ratajczaka 3a

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 Zl. in den Ausgabestellen monatl. 5.— Zl. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— Zl. bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 Zl. Postbezug (Posen u. Danzig) monatl. 5.40 Zl. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— Zl. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rml. Einzelnummer 0.25 Zl. mit illustr. Beilage 0.40 Zl. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Pofener Tageblattes, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanzeige: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akt., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 76 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldspf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschritt u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unentworfener Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Kosmos
Terminkalender
1932
unentbehrlich auf jedem Schreibtisch
Preis zt 5.00
in jeder Buchhandlung oder bei KOSMOS, Zwierzyniecka 6, Telef. 6105

71. Jahrgang Mittwoch, 20. Januar 1932 Nr. 15.

Alles auf einen Blick:

Die Debatte um die Vertagung der Tributkonferenz in Lausanne wird weiter fortgesetzt.
In Frankreich wird wiederum systematisch das Märchen von den geheimen Rüstungen Deutschlands verbreitet, um die entsprechende Stimmung für die bevorstehende Abrüstungskonferenz zu schaffen.
In sehr scharfen Artikeln greift die italienische Presse erneut die französische Tributpolitik an.
In der Haushaltskommission des Sejm wurde das Budget des Kriegsministeriums beraten.
Die polnische Presse übt an der Rede des Innenministers Bieracki heute Kritik. Dabei fehlt auch die der Regierung sympathisch gegenüberstehende Presse nicht mit kritischer Beurteilung.
Sie müssen lesen:
Mussolinis Sturmglode. — Um die Vertagung der Tributkonferenz. — Militärischer Ansehungsunterricht. — Polen und die Abrüstungskonferenz. — Die französischen Beschuldigungen. — Gegen die Tributzahlung.
Heute Beilage „Recht und Steuern“

Wehe dem blinden Egoismus!
Gegen die Tributzahlung
Was Italien jagt

Die Behauptung der französischen Presse, die Erhaltung der von Deutschland freiwillig unterschriebenen Verträge sei notwendig zur Aufrechterhaltung der Zivilisation, erregt in der italienischen Presse nur ein ironisches Lächeln.
Wenn diese Theorie richtig wäre, so müßte die europäische Ordnung schon längst infolge der Arbeit derjenigen zusammengebrochen sein, die behaupten, sie verteidigen zu wollen. Hat nicht Frankreich den Londoner Vertrag zerrissen, der den Italienern Dalmatien und koloniale Entschädigung versprach? Hat es nicht die Tunis-Konvention, die die Rechte der dortigen Italiener sicherte, als Fehden-Papier behandelt? Aber der Vertrag über die Reparationen selber ist Fiktion. In Paris weiß man ganz genau, daß Deutschland niemals zahlen wird. In Wirklichkeit will Frankreich keine deutschen Zahlungen, sondern einen Kredit, der ihm das Recht der französischen Kontrolle für die ganze Zeit der Reparationen sichert. Das, was Frankreich heute verlangt, ist nicht nur das, was abgeschlossen wurde; denn die Reparationen sollten eine Entschädigung für die Zerstörung und nicht ein Mittel der Kontrolle und Niederhaltung der Besiegten sein. Sie wurden mit einer finanziellen und nicht politischen Funktion geschaffen.
Geradezu lächerlich erscheint die Behauptung des „Temps“, daß, wenn Deutschland von den Reparationen befreit sei, es für alle Länder eine Gefahr würde. Der „Temps“ schreibt darauf:
„Der „Temps“ irrt sich. Er irrt sich bei dieser Gelegenheit, wie er sich schon tausend andere Male geirrt hat. Er pflanzt vor den Augen Europas

eine Bogelscheuche auf, um seine Hegemoniepolitik, die schon längst die letzte Delung erhalten hat, zu verschleiern. Aber mit einem Wort von Tolstoi müßten wir sagen: Er will uns Angst machen, aber er hat keinen Erfolg. Denn der gute „Temps“ hat sich allzu oft mit seinen Prophezeiungen geirrt. Nach den Wahlen vom 14. September 1930 schrieb er: Deutschland hat keine Forderungen mehr zu begehren, aber auch nicht Europa. Der Becher ist voll. Der Kelch läuft über. Europa steht vor dem Abgrund. Der Krieg ist da (denn die Pazifisten tragen ja den Krieg ständig in der Tasche wie andere Leute das Schnupstuch). Aber der Krieg kam nicht, und die hundert hinfälligen Abgeordneten wurden wohl über übel geschluckt. Die Lage ist: Es handelt sich heute nicht mehr um ein französisch-deutsches Problem, sondern um ein europäisches und ein Weltproblem. Es handelt sich darum, die Weltwirtschaft zu retten. Frankreich übernimmt ganz zwecklos die Rolle der Kassandra. Es spricht französisch, wir sprechen die Sprache der Zivilisation. Frankreich befindet sich heute mehr denn je in einem ungeheuer verzerrten Lager, über dem eine Flagge weht, die heruntergeholt werden muß, nämlich die Flagge des blinden Egoismus. Das schamlose Italien hat die unnötigen Schützengräben verlassen und streckt die Hand allen zur gemeinsamen Rettung entgegen. Wehe dem, der sich nicht von Kriegspropaganda heilen kann! In Lausanne wird nicht mehr als eine Konferenz, wird ein Gerichtshof sitzen, der über die Nationen im Namen der Geschichte urteilen wird.“

Mussolinis Sturmglode

(Von unserem römischen Korrespondenten)
Dr. E. Rom, Mitte Januar.
Wenn es eine über die Erde oder auch nur über Europa verzweigte politische Klasse gäbe, die sich von dem Kleinkram der Hauspolitik und aus den Niederungen der Parteisucht befreien könnte, so müßten heute Millionen und Abermillionen von Menschen aufspringen und den Mann umjubeln, der mit dem Hammer an die „große Glocke der Wirklichkeit“ schlägt, der als erster Staatsmann den Mut findet, von verantwortlicher Stelle aus endlich, endlich einmal die Dinge beim Namen zu nennen.
Wenn die Völker wüßten, was auf dem Spiele steht, wie sie von Konferenz zu Konferenz durch elendes Geschwätz an den Rand des Abgrundes geschaukelt wurden, wenn sie nicht auch heute noch durch Manöver der Innenpolitik irreführt und durch Zwangsbrieten geblendet wären, sie müßten zu Mussolini, der Blut von ihrem Blut und Fleisch von ihrem Fleisch ist, der aus Armut und Kampf kam, aufblicken wie zu ihrem Retter.
Heute haben ein Recht, stolz zu sein, alle diejenigen, die seit Jahren glaubten und sagten, von Rom her würde, so lange dort Mussolini regiere, niemals jene finstere Reaktion kommen, von der die Ewiggestrigen tuschelten, niemals Europa fremdheit und Westenbrand. Was sind wir bewußt und besudelt worden, die Mussolini besser zu kennen vorgaben! Das harmloseste Schimpfwort, das uns die Illusionisten anhängten, war „Katastrophenpolitiker“. Katastrophenpolitiker sollte es sein, von Deutschland und damit von der Welt den Fuch der Tribute nehmen zu wollen. Hazardreue waren wir, als wir die Meinung zu äußern wagten, Deutschland müsse nur den Mut haben, seine Ketten abzuwerfen.

Deutsche Zollmaßnahmen

Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932
Berlin, 19. Januar. Auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:
Artikel 1.
Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses
1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren Ausgleichszuschläge zu erheben;
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.
Artikel 2.
Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 18. Januar 1932.
Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg.

Amerikas Haltung auf der Abrüstungskonferenz

Washington, 19. Januar. Die amerikanische Delegation für die Abrüstungskonferenz wird am Mittwoch abreisen. Aus diesem Anlaß wurden von maßgebender Quelle heute die hauptsächlichsten Richtlinien zitiert, die man der Delegation mit auf den Weg gibt. Danach wird Amerika diesmal keine führende Rolle spielen, sondern im Hintergrunde bleiben. Amerikas Hoffnung auf Erfolg der Konferenz beruhe auf der Erwägung, daß die schwere Weltdepression die Nationen wahrscheinlich geneigt zu einer Reduzierung der Rüstungen machen dürfte als bisher. Aber schon eine Begrenzung wäre nach hiesiger Ansicht ein großer Fortschritt. Wenn auch die Festlegung eines gleichen Betrages für alle Wehretats schon wegen der höheren Kosten in den Vereinigten Staaten unmöglich wäre, so wäre doch der Vorschlag diskutierbar, daß jedes Land seinen Wehretat im Verhältnis zu den Ausgaben in den früheren Jahren begrenzt. Die Delegation sei, wie ferner erklärt wird, nicht ermächtigt, einen Sicherheitspakt oder die Frage der internationalen Schulden zu erörtern, denn es sei diesmal nicht Aufgabe Amerikas, sondern Europas, positive Resultate in der Abrüstungsfrage zu zeitigen.

Grubenexplosion in Virginia

6 Tote
Parrot (Virginia), 19. Januar. Sechs in den Untertagegruben der Pulaski-Gesellschaft arbeitende Bergleute sind durch eine Explosion getötet worden.

Hoffnungen
Polen und die Abrüstungskonferenz
Rußland und die deutsche „Gefahr“

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)
Warschau, 19. Januar.
Das Herannahen der Abrüstungskonferenz übt auf die polnische Außenpolitik einen zweifellos größeren Eindruck aus, als es die anderen bevorstehenden Konferenzen zu tun vermögen. Zwar denkt man in Warschau über den Verlauf der Konferenz überwiegend optimistisch, d. h. man befürchtet nicht, daß Polen zu irgendwelchen Rüstungseinsparungen gezwungen wird. Man hofft sogar im Gegenteil noch eine gewisse Spanne für die Rüstungen nach oben hin zu erlangen und bereitet schon jetzt den Boden für derartige Forderungen auf der Abrüstungskonferenz vor.
Das wichtigste polnische Argument für die Forderung der Möglichkeit einer noch weiteren Aufrüstung ist die Nähe Sowjetrußlands und die 1500 Kilometer lange Grenze mit diesem Lande. Dieses Argument hätte an Gewicht eingebüßt, wenn es tatsächlich noch vor der Abrüstungskonferenz zur Unterzeichnung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes gekommen wäre. Diese Möglichkeit dürfte allerdings in Anbetracht der Verzögerung, die die rumänisch-sowjetrussischen Verhandlungen durch Aufwerfen der bekarabischen Frage seitens Rumäniens erfahren haben, ausgeschlossen sein. Deshalb ist den militärischen Kreisen ein Aufwerfen der bekarabischen Frage durch Rumänien und der starke Standpunkt des rumänischen Verbündeten auch durchaus nicht un sympathisch, denn man kann nunmehr auf der Abrüstungskonferenz darauf hinweisen, daß die Verhältnisse an der polnischen Grenze noch durchaus nicht stabilisiert sind.
Ein weiteres ständiges Argument der polnischen Politik, über dessen Berechtigung man durchaus streiten kann, ist der Hinweis auf die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland und die deutsche Forderung einer Rüstungsgleichheit. In Polen ist man der Ansicht, daß bei einer Gewährung der Rüstungsgleichheit an Deutschland die Deutschen das militärische Übergewicht in Europa erhalten würden. So rühmlich diese Befürchtung für die Einschätzung der Deutschen als Soldaten ist, so wenig dürfte sie in den tatsächlichen Verhältnissen ihre Berechtigung finden.

Briand bleibt heute der Kammer fern

Paris, 19. Januar. Im Namen Briands hat der Abgeordnete Daniélon in den Wandlungen der Kammer erklärt, daß der Gesundheitszustand Briands zwar recht befriedigend sei, daß Briand aber heute nicht in der Kammer erscheinen werde, damit seine Anwesenheit nicht zu tendenziösen Auslassungen Anlaß gebe.

Im Mai 1928 hatte ich jene denkwürdige Unterredung mit Mussolini, die damals alle Kleingeister zu hysterischen Krämpfen brachte. Warum? Weil Mussolini damals, vor fast vier Jahren, das sagte, was heute im „Popolo d'Italia“ zu lesen ist, was seine Sturmglode kündigt. Er war seiner Zeit voraus und damit ein Narr. Eine „bezahlte Kreatur des Faschismus“ der, zu dem er sprach. Dummköpfe und Schlimmeres die Zeitungsleiter, die es zu drucken wagten. Denn was sagte Mussolini? Er sagte mir, die Reparationen seien ein Unsinn, die gegenwärtigen Grenzen Europas nicht minder, die ungleiche Bewaffnung desgleichen. Und was würde die Welt sagen, wandte ich ein, wenn Deutschland die Zahlungen einstellen, sich eine nationale Regierung geben und gleiches Sicherheitsrecht proklamieren würde?
Niente! Nichts!
Es gibt keinen Hohn, der über dieses Befreiervort nicht ausgegossen worden wäre.
Vielleicht, so erläuterte der Mund des Duce, was keine in die Zukunft spähenden Augen sahen, seine Sinne witterten, vielleicht gäbe es vierzehn Tage lang ein großes Geschrei, aber dann würde man sich wieder beruhigen und sich mit dem fait accompli abfinden.
Und heute: „Deutschland hat erklärt, daß es nicht zahlen kann, weder heute noch morgen, noch jemals. Ein fait accompli, und als solches unwiderruflich. Was tun? Gewaltmaßregeln ergreifen? Und welche? Mit welchem Ergebnis? Italien würde sich weigern, an

irgendeiner in irgendeiner Weise teilzunehmen!

Als Stresemann seinerzeit von dem Interview erfuhr, bezeichnete er es vom grünen Tisch aus als erfunden, so daß Mussolini gezwungen war, es amtlich zu bestätigen und das Wesentliche in seiner unmittelbar darauffolgenden Senatsrede zu wiederholen. Nie ist eine Politik größerer gewesen als die damalige, die das erlösende Wort nicht hören wollte, weil es nicht in ihre Innenpolitik und ihre „westlich orientierte“ Außenpolitik paßte. Lieber das Volk noch vier Jahre lang tiefer ins Elend hineingeführt, als die Hand eines Mannes ergreifen, der das schwarze Hemd trägt!

Und ist es von dem durch die Not erzwungenen Bekenntnis Brinnings inzwischen anders geworden? Sehen wir nicht die Politiker von Berlin nach Paris eilen und den Störenfried Europas händelnd beschwören, doch nur ja nicht mit den bösen Deutschen zu verhandeln?

Man lese die beiden Sturmartikel Mussolinis ohne Voreingenommenheit und nenne dann den Staatsmann, der jemals seit dem Kriege so klar die Dinge gesehen, dargestellt und die Rettungsmöglichkeiten angegeben hat!

Vielleicht wird sich Deutschland unter dem Druck seines Arbeitslosenheeres und seiner erwachenden Stämme nicht mehr länger sperren können, es wird möglicherweise in Lausanne oder gar in Paris sagen müssen, nachdem ein anderer, einer von den Siegerstaaten ihm das A abgenommen hat, seit vier Jahren schon. Aber es läßt sich leider nicht leugnen, daß auch Frankreich mit zu reden hat.

Was Mussolini antreibt, die Befriedigung Europas auf Menschenalter hinaus, das eben möchte Frankreich verhüten. Denken wir an Clemenceaus offenes, mutiges, brutales Wort, daß es verhängnisvoll wäre, wenn Deutschland jemals die Tribute zahlen könnte. Sie müßten derart sein, wie der ganze Friedensvertrag, daß sie unerfüllbar und damit Frankreich immer in der Hand haben blieben, zu Repressalien zu greifen. Die Tribute sollen, es gibt zahllose Franzosen von Rang, die das auch heute noch offen schreiben, zur Niederhaltung Deutschlands dienen. Man wußte es seit 13 Jahren, wenn man aber von der permanenten Kriegserklärung von Versailles sprach, dann regten sich die Französlinge auf. Wenn große Neutrals, wie Sven Hedin, noch schärfere Worte gebrauchten, wenn einer der Liberalsten und der bekannteste Engländer, Bernard Shaw, von „Raub- und Plünderungsverträgen“ sprach, wenn sogar der Mussolinifreund Nikiti, wenn Lloyd George und andere ihre Unterschriften unter dem infernalischen Dokument bereuten, so waren das — Toren.

Nun dröhnt die römische Glocke und gibt den „Katastrophenpolitikern“ recht und

verfehlt die anderen, aber auch alle diejenigen, die mit der Wirtschaft die Politik machen zu können glaubten, ins Unrecht. Rathenaus fundamentaler Irrtum ist offenbar: die Politik ist es, die die Wirtschaft macht, und nicht umgekehrt. Die Politiker müssen jetzt sprechen, wenn wir noch heil aus der Krise herauskommen sollen. Wer denkt noch an die Totgeburt der „Kommission“, die bei dem Franzosenbesuch im herbstlichen Berlin heraustram? Die Zeit für homöopathische Kuren ist vorbei. Jetzt heißt es handeln, nicht verhandeln und noch weniger „handeln“. Mussolini hat gesprochen, und mit ihm nicht etwa, wie damals die Kirchturmpolitiker schrieben, als „deutschnationaler

Um die Vertagung der Tributkonferenz

Verlängerung des Feierjahres — Lausanne gegenstandslos

Paris, 19. Januar. In einer Havas-Erklärung heißt es u. a.: Wegen der diesjährigen Wahlen in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann. Man scheint in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für 6 Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeranleiher an Deutschland haben, gemeinsam für ihre Rechnung von Amerika als Bedingung Gleichbehandlung fordern. Wenn eine Verständigung zwischen den Unterzeichnern des Young-Plans auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden.

Englische Pressemeldungen über Lausanne

London, 19. Januar. Die Pressemeldungen von heute früh betrachten es als wahrscheinlich, daß die Lausanner Konferenz hauptsächlich sich nur mit einer Verlängerung des Moratoriums für Deutschland befassen wird. Ferning berichtet dem „Daily Telegraph“ unter Hinweis auf die gemeldete Havas-Meldung von heute nacht, es bleibe abzuwarten, ob die deutschen Minister mit einer solchen Lösung einverstanden wären. Sollte die deutsche Regierung beabsichtigen, eigene Vorschläge zu unterbreiten, dann werde die Konferenz in Lausanne zusammenzutreten müssen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet über einen angeblichen französischen Vorschlag, die Konferenz bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz zu verschieben. Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ schreibt, die englisch-französischen Besprechungen in Paris seien bisher erfolglos. England wünsche noch immer eine endgültige Regelung oder eine Möglichkeit größerer Fortschritte in dieser Richtung, während Frankreich ein Moratorium von 2 Jahren mit Nachprüfung der Frage am Ende der Periode vorziehen würde. Macdonald werde wahrschein-

lich persönlich nicht an der Konferenz teilnehmen, da diese voraussichtlich durch Beschränkung ihres Programms viel von ihrer Bedeutung einbüßen würde. London, 19. Januar. „Times“ erklären, es sei noch immer unsicher, ob die Lausanner Konferenz zustande kommen wird. Auf jeden Fall werde Sir John Simon am Sonnabend planmäßig abreisen, da die Tagung des Völkerbundrates am gleichen Tage beginne. Im City-Teil der „Times“ heißt es: Das Gefühl der Enttäuschung für den Fall, daß

die Lausanner Konferenz vertagt werden sollte, wird wahrscheinlich bald verschwinden, da das Reparationsproblem einer Lösung ständig näher kommt.

„Morningpost“ sagt in ihrem Finanzteil, die City nehme an, daß in einigen Monaten die Bedingungen für eine gründliche Prüfung des Reparations- und Schuldenproblems besser sein werden. Gleichzeitig herrsche natürlich wegen der Lage in Deutschland einige Unruhe.

„News Chronicle“ führt aus, es sei nicht ratsam, die französische oder die deutsche Regierung zu veranlassen, sich in der Reparationsfrage vor den Wahlen unwiderstuflich festzulegen. Nach den Wahlen aber müsse eine jedermann verständliche europäische Politik zustande kommen, die das amerikanische Volk bei seinen eigenen Wahlen im November vor Augen haben werde.

Sondierungen Cavals in U. S. A.

London, 19. Januar. Nach einer Reuters-Meldung aus Washington läßt der französische Ministerpräsident Caval gegenwärtig die Auffassung der verantwortlichen Kreise der Vereinigten Staaten über die Möglichkeit einer Verständigung des Hoover-Moratoriums sondieren.

Lettische Hezer und das Herder-Denkmal in Riga

„Ist es gleich Tölpelheit, hat es doch Methode!“ Man muß es den chauvinistischen Verfechtern einer eignen lettischen Kultur lassen: die Folgerichtigkeit in der Blamage vor der ganzen Welt haben sie sozusagen in Erbpacht genommen. So erklärt sich denn auch ungezwungen die neueste Kulturförderung der nationalen „Führer“: die Entfernung des Herder-Denkmal auf dem Domplatz in Riga.

Herder hat bekanntlich einige Jahre, von Königsberg kommend, in Riga als Prediger am

Polnische Kritik an der Rede des Innenministers

Warschau, 19. Januar. (Eig. Telegr.) Das Exposé des Innenministers Pieracki ist in der polnischen Presse verschiedentlich kritisiert worden. Sogar in Regierungsblättern hat man hier und da eine leise Kritik gewagt, wie es beispielsweise der heutige „Kurjer Poranny“, ein der Regierung nahestehendes Blatt, tut. Der „Kurjer Poranny“ bedauert, daß der Innenminister es nicht für richtig gehalten habe, auf den Bericht der ukrainischen Minderheiten einzugehen, zumal dieser Bericht in den Hauptstädten der Welt verbreitet worden wäre. Das Blatt stellt fest, daß es kein Anhänger der Methoden des 14. Ulanen-Regiments sei (das 14. Ulanen-Regiment wurde besonders viel bei der Pazifizierungsaktion Ostgaliziens verwandt, D. Red.), und daß es niemals die Verwendung der an sich sympathischen Ulanen zu einer so heiklen Aktion empfohlen habe, wie zu der Beruhigung der Gemüter von Staatsbürgern, die demagogisch gegen den Staat eingestellt seien. In dem Bericht der Ukrainer seien viele Einzelheiten angeführt, und in Westeuropa hätte man großes Verständnis dafür gehabt, wenn von polnischer Seite ein sachlicher Hinweis darauf erfolgt wäre, aus welchen Gründen der Staat gezwungen gewesen sei, zum Schutze aller Bürger derartig in Ostgalizien vor-

Polnische Kritik an der Rede des Innenministers

zugehen. Eine solche Erklärung müsse man abgeben, wenn man nicht gegen sich selbst das Todesurteil der Duldung einer Ermordung der Rechtmäßigkeit im Lande unterzeichnen wolle, die allen Bürgern notwendig und unerlässlich sei. Ein Geheimnis daraus zu machen, was kein Geheimnis mehr sei, wäre völlig sinnlos. Auch die „Gazeta Warszawska“ übt auf ihre Art Kritik an den Ausführungen des Innenministers. Das Blatt ist besonders beunruhigt durch die Äußerung des Ministers Pieracki, daß den Minderheiten im Lande gleiches Recht eingeräumt werden solle, sofern sie nach den Begriffen der polnischen Regierung loyal sind. Die „Gazeta Warszawska“ ist zwar der Ansicht, daß man den Minderheiten auch gewisse Rechte zubilligen müsse, jedoch müßte sich der polnische Staat auf das nationale polnische Element stützen und sein Bestreben müsse dahin gehen, diesem nationalen Element die unbedingte Führung im Staate zu sichern. Besonders müßte die polnische Bevölkerung in den nationalgemischten Gebieten unterstützt werden. Da dieser Standpunkt in den Darlegungen des Ministers nicht zum Ausdruck komme, deshalb lehnte die „Gazeta Warszawska“ die Ausführungen ab. Dom und als Lehrer zugebracht und hier für die Entwicklung seines Wesens bedeutsame Jahre ver-

Aus den Konzertsälen

VI. Großes Symphonie-Konzert im „Großen Theater“

Das Hauptinteresse im VI. Großen Symphonie-Konzert konzentrierte sich auf die „Symphonie fantastique en 5 parties“ von Hector Berlioz. Ueber dieses Werk — es trägt die Zahl 14 — und wurde 1830 zuerst in Paris aufgeführt — ist viel Tinte verschrieben und heftig debattiert worden. In dieser Komposition, welche noch der Jugendperiode des Meisters zuzurechnen ist, und die am zutreffendsten mit „Instrumentaldrama“ bezeichnet werden dürfte, gelangen die Gegensätze und Extreme seines programmatischen Stils derart unvermittelt zum Ausdruck wie sonst nirgends bei ihm. In keiner anderen Tondichtung hat er die Farben greller gemischt und stärker aufgetragen als in dieser phantastischen Symphonie. Er selbst bezeichnet zwar als die dominierenden Eigenschaften seiner Musik „Leidenhaftigkeit im Ausdruck, verhaltene innerliche Glut, rhythmische Energie und unerwartete Wendungen“, aber damit gibt er nicht restlos Aufschluß. Er vergißt auf die Eigenheiten der Tonprache, die Fessellosigkeit der Harmonik und das Ungebändigte des tonbildnerischen Empfindens hinzuweisen, Besonderheiten, die namentlich in diesem Opus mit frapperender Entfaltung sich bemerkbar machen. Ein neuer Geist der Tonkunst, der die alten Formen in selbständiger Weise ausgestaltet und mit individueller Leben erfüllt, hat hier das Wort, und es ist kein Wunder, daß der Autor dieses Kühn und rücksichtslos angelegten und durchgeführten musikalischen Programms deswegen vielfach angegriffen worden ist. Die Gegenwart wird sich über die Art, wie die rege Phantasie von Berlioz realistisch gearteter Natur ihm bestimmt ausgeprägte Bilder vor die Seele treten ließ, um sie alsdann mittels Instrumentalmusik in härtere Form zu kleiden, nicht mehr aufregen. Wir bekommen heutzutage mitunter im Konzertsaal Sachen vorgelegt, die selbst den genialen Sector aus der Fassung gebracht, aber wahrscheinlich nicht zur Nachbeurteilung angeregt hätten. Trotz aller Schärfe seiner charakteristischen Tondbilder bleiben die Mozartischen Worte für ihn Gehe-

Die Musik darf selbst in der schaudervollsten Lage das Ohr nicht beleidigen.“

Die „Phantastische Symphonie“ zerfällt in fünf Teile, die folgende Ueberschriften zum Begleiter haben: 1. Träume, Leiden. 2. Ein Ball. 3. Szene auf dem Lande. 4. Der Gang zum Richtplatz. 5. Traum in der Walpurgisnacht. In diesen fünf Szenen gelangen nun höchst persönliche Momente zum Ausdruck: Es ist die Geschichte einer unglücklichen Leidenschaft, welche Berlioz an eine irische Schauspielerin Miss Henriette Smithson fesselte, und die ihm viel Kummer und Herzeleid eintrug. 1833 heiratete er sie, die Ehe war ein völliger Mißerfolg und führte 1840 zur dauernden Trennung. Sein Schmerz über diese großen Enttäuschungen des Lebens hat sich nun in seiner ersten Symphonie ausgetobt. Daß er dabei schonungslos vorgeht, darüber geben die Titel, welche die musikalischen Vorgänge kennzeichnen, ausreichende Auskunft, seine Schilderungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Aufführung der Kompositionen Berlioz' bieten sich fast ausnahmslos ungewöhnliche Schwierigkeiten dar. Aus den vorherigen Worten ergibt sich, wo sie zu suchen sind. Sie werden nur von einem Orchester bewältigt werden, welches selbst eine gewisse Routine besitzt, und das von einem Kapellmeister geleitet wird, der sich jeder Aufgabe gewachsen fühlt. Das Letztere trifft bei Herrn Bronislaw Wolffstal unbedingt zu, die andere Vorbedingung ist wenigstens in hohem Maße nachweisbar. Ein Störungsfaktor ist freilich notgedrungen in Kauf zu nehmen: die Posener städtische Kapelle weist stellenweise Lücken auf, unter der die Virtuosität Berlioz' in der Behandlung des Dynamischen leiden muß. Es hat sich im Verlauf der Wiedergabe der Symphonie wiederholt gezeigt, daß die zweiten Geigen, Bratschen und Celli nötigenfalls sich nicht so prägnant thematisch abheben konnten, wie es wünschenswert gewesen wäre, weil sie eben zu schwach vertreten sind. Ein Uebelstand von nicht gerade untergeordneter Bedeutung. Diese instrumentalen Lücken erscheinen jedoch in milderem Lichte, wenn daran gedacht wird, daß die Sinnlosigkeit der Tonmalereien sehr bedeutend war, der Dirigent keine krassen Uebertreibungen zuließ, wozu häufig die Verjüngung recht

nah lag, und die Gefahr des musikalischen Höflichwerdens, die ganz leicht konkrete Gestalt annehmen konnte, gebannt blieb. Bei der bereits hinreichend bekannten und gerühmten Dirigierkunst des Warschauer Gastes war das eigentlich ein Akt der Selbstverständlichkeit. Ungerecht wäre es jedoch, wollte ich unbetont lassen, daß die Hörer genau Schritt für Schritt in der seltsamen Tondichtung im Bilde blieben, da mit hemmungsloser Sachlichkeit und reichen Leidenschaftlichen Akzenten gespielt wurde, wobei sich die ersten Violinen besonders auszeichneten. Dies sei aber keine Schmälerung der Verdienste der anderen Orchestermitglieder. Alle taten sie ihre Pflicht, die Holz- und Blechbläser, der Streichkörper und die beiden Bauteilherren. Letztere sind, wie ich kürzlich feststellen mußte, übrigens ebenso empfindlich wie die Säute, auf denen sie musizieren. Die Titulatur „Faulenmann“ wird z. B. als schwere Kränkung bewertet.

Berlioz voran ging das Es-dur Klavierkonzert von Liszt, vorgetragen von Fräulein Gertruda Konatkowska. Wie schon früher, so erzielte die einheimische Pianistin auch diesmal mit diesem Brauurstück einen durchschlagenden Erfolg. Die virtuoson Reize des Wertes zeigten wieder ihre nicht nachlassende Pracht, die technischen Effekte erklangen in stärkerer künstlerischer Auffassung, das Gedankenmaterial wurde in einer Weise wirkungstief illustriert, daß die Begeisterung mit Leichtigkeit geweckt wurde. Wir hoffen, die Dame bald wiederzusehen. Vielleicht erweitert sie bis dahin ihr Repertoire. Die orchesterale Begleitung bewegte sich in genauen Bahnen. Neu war mir, daß der Dirigent der Solisten bezüglich der Tempi und Tonstärke Anweisungen erteilte. Derartiges ist meines Wissens nicht üblich, dazu sind doch die Verständigungsproben da. Die „Tatra“-Ouvertüre von Zelenki leitete den Abend ein, ein Werk, an dessen Schönheiten man sich immer wieder ergötzt, zumal wenn sie so künstlerisch fein abgezeichnet werden, wie es unter Wolffstal der Fall war.

Was ich noch nie erlebt habe: Vor mir sah ein junger Mann, der schlief während des Liszt-Konzerts ein und begann zu schnarchen. Bei

Berlioz wollte er sein Schlummetzen fortsetzen, aber da ging es zu lebhaft zu. Ein wunderlicher Kunststheist!

Alfred Loake.

Zeitschriftenchau

Zeitschrift für Geopolitik, 1932, Heft 1, Januar. Kurt Bowinkel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grünwald. — Wie steht es mit der Welt? Unter diesem Titel bringt die „Geopolitik“ zum Jahresbeginn einen ungemein sicher gezeichneten, in seiner Zusammenfassung lebendigen und tiefgehenden Ueberblick über die Weltlage. Die Wandlung in den Vereinigten Staaten wird lebhaft ja sprühend in einem anonymen Bericht aus Washington, die zu wenig verstandene, geopolitisch sehr interessante Lage auf der Iberischen Halbinsel von Dr. Lautenbach behandelt. Einen besonders glücklichen Versuch, die Entwicklung in China auf einfache, dem Europäer geläufige Tatsachen zurückzuführen, unternimmt Rübner. Die Problematik unseres alten Kontinents wird scharf herausgearbeitet. Es gilt die Wahl zwischen dem Hort des Kapitalismus — Frankreich — oder der Erkenntnis, daß wir zum Osten gehören, weil wir längere den gleichen Weg eingeschlagen haben wie Rußland. Die schnelle Verchiebung aller geistigen Grenzen, die sich damit vollzieht, ist das Thema von Krug: Was bestimmt Europas Grenzen. — Das Gesamtbild der „Geopolitik“ hat sich mit dem neuen Jahrgang und unter demnächstigen alleinigen Herausgeber R. Hauhoff stark aufgelockert. Sie hat sich in sehr aufmerksamer Weise auf die Beantwortung der Fragen eingestellt, die Deutschland und Europa an die Weltpolitik richten. Damit hängt es offenbar zusammen, daß sie unter der Ueberschrift Grundfragen einen energischen Vorstoß unternimmt zur Klärung der Frage von Staat, Raum und Wirtschaft in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit — ein Beitrag zur Formung der neuen Staatsidee, den R. Putschowski liefert, wie denn überhaupt die Geopolitik als Wissenschaft in den kommenden Jahren vieles zur Klärung des politischen Geschehens beitragen kann.

Von Schadenerfolg und Haftpflicht

Wer vorsätzlich oder fahrlässig einem anderen Schaden zufügt, ist zum Schadenerfolg verpflichtet, das heißt er hat den alten Zustand, so wie er vor der Verletzung war, wieder herzustellen oder, wenn das nicht möglich ist, eine entsprechende Geldentschädigung zu leisten. Haben mehrere gemeinschaftlich den Schaden verursacht, so haftet jeder von ihnen für den vollen Schadenerfolg. Es muß jedoch grundsätzlich Verschulden, also vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln vorliegen; zum Beispiel: der Fabrikant liefert trotz Mahnung die bestellte und zugesagte Ware nicht oder zu spät. Man sagt in einem solchen Falle: der Schuldner ist im Verzug. A verlegt den B durch fahrlässige Handhabung eines Revolvers oder schlägt ihn mit einem Stode. Ein Verschulden ist jedoch nicht vorhanden, wenn Unzurechnungsfähigkeit vorliegt.

Das Handeln, durch das der Schaden zugefügt wird, muß ferner widerrechtlich sein. Das ist zum Beispiel nicht der Fall, wenn der Arzt mit Einwilligung des Kranken eine Operation vornimmt, oder wenn der Jäger einen tollwütigen Hund erschießt, oder wenn die Feuerwehr beim Löschen eines Brandes fremde Grundstücke betritt und hierbei Schaden anrichtet.

Wird durch das Herabfallen eines Dachziegels oder eines Blumentopfes oder sonstiger Dinge Schaden verursacht, so ist der Besitzer oder Mieter des Hauses schadenersatzpflichtig, wenn das Herabfallen des fraglichen Gegenstandes die Folge fehlerhafter oder mangelhafter Unterhaltung ist. Er wird nicht zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet sein, wenn er zur Abwendung der Gefahr, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. Für Schaden, den Tiere an Menschen und Sachen anrichten, haftet der Eigentümer

auch dann, wenn ihm keine Schuld nachgewiesen werden kann. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Besizer, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Es ist weiterhin möglich, daß außer dem eigentlichen Täter auch noch andere Personen schadenersatzpflichtig sein können. Wenn ich zum Beispiel einen Gärtner beauftrage, meine Blumen durch sachgemäße Einpflanzung vor dem Erfrieren zu schützen, so haftet mir der Gärtner für alle infolge unsachgemäßer Einpflanzung erforderten Arbeiten durch auch dann, wenn er die fraglichen Arbeiten durch einen seiner Gehilfen hat ausführen lassen. Für Schäden, die Angestellte einem Dritten zufügen, haftet der Geschäftsherr, wenn er nicht bei der Auswahl der Personen die nötige Vorsicht oder bei der Leitung der Arbeit die notwendige Sorgfalt beobachtet hat.

Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen, wo fast jeder gezwungen ist, zur Beförderung seiner Geschäfte größere oder kleinere Reisen zu unternehmen und sich Gastwirten anzuvertrauen, deren Zuverlässigkeit er beim besten Willen ebensowenig prüfen kann wie die Treue ihrer Angestellten, ist es notwendig, daß der Gast gegen Verlust der in den Gasthof eingebrachten Sachen gesichert wird, ohne daß er erst dem Wirt eine Schuld nachzuweisen braucht. Daher legt das Gesetz denjenigen, die gewerbmäßig Fremde zur Beherbergung aufnehmen, eine Ersatzpflicht für Verlust, Vernich-

tung oder Beschädigung der eingebrachten Sachen des Gastes auf, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wirt oder seinen Angestellten eine Schuld daran nachgewiesen werden kann oder nicht.

Nur durch besonderen Vertrag mit dem Gast kann sich der Gastwirt von dieser Pflicht befreien. Der vielfach in Hotels übliche, vom Wirt aus eigener Initiative angebrachte Anschlag, daß er jede Haftung ablehne, genügt dazu nicht. Es ist vielmehr die Abschließung eines ausdrücklichen Vertrages zwischen ihm und seinem Gast erforderlich.

Die Haftpflicht des Wirtes beginnt, sobald die Sachen von ihm oder seinen Angestellten an einen von ihm bestimmten Ort zur Aufbewahrung gebracht sind. Die Ersatzpflicht des Wirtes tritt nicht ein, wenn der Schaden von dem Gast selbst, einem Begleiter des Gastes oder durch höhere Gewalt verursacht ist; zum Beispiel wenn bei einem Hotelbrand die eingebrachten Sachen des Gastes mit verbrennen. Geld und Wertpapiere müssen dem Wirt unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre Eigenschaft als Wertgegenstände übergeben werden, sonst haftet er nur bis zum Betrage von 1000 Mark. Hat der Wirt die Aufbewahrung abgelehnt, so haftet er für den ganzen Betrag. Er kann sich von der unbefristeten Haftung nur durch Abweisung des Gastes befreien. Der Gast verliert den Anspruch auf Schadenersatz, wenn er dem Wirt den Schaden nicht sofort anzeigt, sobald er ihm zur Kenntnis gekommen ist.

Ein Schank- und Gastwirt, der nicht gewerbmäßig Fremde beherbergt, haftet nicht für die von seinen Gästen im Gastraum abgelegten Kleidungsstücke, es sei denn, daß er die Kleidungsstücke in einem unter besonderer Aufsicht stehenden Garderoberraum zur Aufbewahrung angenommen hat. Auch in diesem Falle kann er die Haftung durch entsprechende deutlich lesbare Aushänge in seinen Räumen beschränken oder ablehnen.

daß fast überall die Feuerversicherungssumme als Grundlage einer 1-2prozentigen Amortisationsabzählung genommen wurde, so besonders in Warschau, Lodz und Lemberg. In allen anderen Teilgebieten wird demnach nicht so fiktional verfahren wie gerade im preussischen Teilgebiet, selbst nicht in Klempen, wo man in dieser Hinsicht auch gerade nicht kleinlich ist, wie die genannte Zeitschrift ausführt.

Das Ergebnis dieser Rundfrage hat schließlich zur Folge gehabt, daß der Posener Hausbesitzerverein eine dementsprechende Reklamation an die Steuerbehörde gemacht hat, in der die Praxis der Steuerämter anderer Teilgebiete ausdrücklich betont wird und eine Anwendung dieser Abschreibungsgrundzüge auch bei uns gefordert wird. Im übrigen ist von dem genannten Verein ein Rundschreiben veröffentlicht worden, das näheres über die Abzüge vom Einkommen bei der Steuerberechnung zur Grund- und Gebäudesteuer bringt.

Erleichterungen für bisher gewerbesteuerfreie Erwerbszweige

Verschiedene Erwerbszweige, die bisher vollkommener gewerbesteuerfrei waren, sind auf Grund der in Kraft getretenen Novelle zum Gewerbesteuergesetz verpflichtet, für 1932 Gewerbesteuer zu zahlen. Die Novelle zum Gewerbesteuergesetz wurde jedoch erst im Juni 1931 vom 31. Dezember 1931 veröffentlicht, und die betroffenen Steuerpflichtigen erfuhr erst im Laufe der ersten Hälfte des Jahres, daß sie verpflichtet waren, noch vor Beginn des neuen Jahres ein Patent zu lösen. Das Finanzministerium berücksichtigt nun in einem Rundschreiben vom 7. 1. 1932 L. D. V. 376/432 diesen unmöglichen Zustand und bestimmt, daß diejenigen Gewerbebetriebe, für die die Novelle zum Gewerbesteuergesetz die Pflicht zur Lösung eines Patents neu einführt, das Patent erst bis Ende Februar lösen müssen.

Unter die Bestimmungen dieses Rundschreibens fallen folgende Erwerbszweige, die bisher von der Pflicht zur Lösung eines Gewerbesteuerpates befreit waren:

1. Handwerker und gewerbliche Unternehmen, die allein oder mit Hilfe einer menschlichen Arbeitskraft (Familienmitglied oder angenommene Arbeitskraft) tätig sind,
2. selbständige Unternehmen für Ausführung von Arbeiten und Lieferungen mit einem Umsatz bis 20 000 Zloty,
3. Hotels und Pensionate, die über zwei bis vier Zimmer zu vermieten haben.

Das oben erwähnte Rundschreiben ist insbesondere für viele kleine Handwerker von sehr großer Bedeutung, da nicht nur die Verschlebung der Frist für die Lösung der Patente eine gewisse Erleichterung bedeutet, sondern weil vor allem niemand von der Steuerbehörde bestraft werden kann, wenn er bis Ende Februar kein Patent gelöst hat.

Die Stempelgebühr für Hypothekenverpfändungen Eine wichtige neue Auslegung

1. Ein Schriftstück, auf Grund dessen eine Grundschuld auf den Eigentümer eines Grundstückes bestellt wird (§ 1196 B. G. B.), unterliegt der Stempelgebühr gemäß Art. 139 des Stempelgesetzes, nicht gemäß Art. 84, da ein solches Schriftstück keinen Vertrag über die Bestellung einer Grundschuld, sondern eine einseitige Erklärung darstellt.

Die Stempelgebühr für ein solches Schriftstück beträgt also gemäß Art. 139 des Stempelgesetzes grundsätzlich 3 zł; falls jedoch der Wert des Objekts angegeben werden kann und im Inhalt der Urkunde die Geldsumme ausgedrückt ist und 1000 Zloty nicht übersteigt, aber höher ist als 100 zł, dann beträgt die Stempelgebühr 1 Zloty; wenn die Summe 100 Zloty nicht übersteigt, ist das Schriftstück stempelfrei.

2. Eine Urkunde, laut welcher jemand sein Recht aus einer Grundschuld verpfändet (§ 1273 B. G. B.) unterliegt der Stempelgebühr gemäß Art. 82 oder 83 oder 85 des Stempelgesetzes. Dieser Grundschuldbrief findet auch dann Anwendung, wenn die Grundschuld für den Eigentümer als Gläubiger bestellt ist, das Oberste Verwaltungsgericht hat nämlich auf Grund § 1197 B. G. B. entschieden, daß der Eigentümer des Grundstückes, zu dessen Gunsten die Grundschuld eingetragen ist, Gläubiger in Bezug auf die Grundschuld ist, und das Recht auf die Geldforderung unabhängig vom Eigentumsrecht an dem Grundstück selbst besteht (vgl. Entsch. des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Juni 1931, L. Rej. 1903/28).

Hieraus ergibt sich, daß die Bezeichnung „Verpfändung“ auch in dem Falle angebracht ist, wenn eine Grundschuld für den Eigentümer eines Grundstückes bestellt ist.

Die Stempelgebühr beträgt demnach gemäß Art. 82: 1. für Verträge über die Stellung eines Pfandes oder einer Hypothek als Kautionsgrundschuld 0,1 Prozent der Kautionssumme; 2. a) für Kautionsurkunden zur Sicherung eines Wechselkredits; b) Dienstkautionen; c) Kautionsurkunden zur Sicherung der rechtmäßigen Erfüllung der Pflichten als Vormund oder Kurator; d) Kautionsurkunden zur Sicherung der Unterhaltungs- oder Strafinnenforderungen (Verzugszinsen, Gerichtskosten usw.) bei Forderungen, die sich aus einer stempelpflichtigen Urkunde ergeben, wenn die Stempelgebühr für diese Urkunde entrichtet wurde; f) Kautionsurkunden zur Sicherung von Forderungen, die sich aus einer Kreditöffnung ergeben können, wenn die Gebühr gemäß Art. 134 Abs. 2 entrichtet wurde, je 3 Zloty.

Rechtspiegel

Gesetzesprojekt

zur Unterstützung der Heimarbeiter

Durch Heimarbeiter ernähren sich in Polen einige zehntausend Familien. Der Broterwerb durch dieses Gewerbe ist jedoch sehr mühsam, und auf einer im Sommer des vergangenen Jahres veranstalteten Ausstellung des Heimgewerbes in Polen wurde in zahlreichen Statistiken auf die geradezu erschreckenden Zustände in diesem Erwerbszweige hingewiesen. Heimarbeiter wird teilweise für einen Stundenverdienst von 5 Groschen geleistet.

Diese Zustände haben es veranlaßt, daß man an maßgebenden Stellen sich mit dem Gedanken einer Hilfe für das Heimgewerbe beschäftigt. Diesen Erwägungen kommt ein Gesetzesprojekt entgegen, das kürzlich von der polnischen Volkspartei beim Sejm eingereicht wurde und Hilfe für das Heimgewerbe zum Ziele hat. Dem Projekt zufolge sollen alljährlich sechs Jahre hindurch in den Staatshaushalt 500 000 Zloty zur Disposition des Handelsministeriums eingestellt werden. Dieser Fonds soll an Selbstverwaltungsorganisationen und -Institute sowie soziale Einrichtungen aufgeteilt werden, die sich mit der Unterstützung der Heimarbeiter beschäftigen. Aus dem Fonds sollen außerdem pflanzliche und tierische Rohmaterialien für die Heimarbeiter beschafft sowie eine Absatzorganisation geschaffen werden. Das Gesetzesprojekt sieht ferner eine völlige Befreiung der Erzeugnisse der Heimarbeiter sowie der für diese Arbeit benutzten Rohstoffe von der Gewerbesteuer auf einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Zur Durchführung der Hilfsaktion soll beim Handelsministerium ein Komitee zur Unterstützung des Heimgewerbes gegründet werden, dem Vertreter des Handelsministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums sowie von dem Handelsminister ernannte Delegierte der Organisationen und Institute angehören sollen, die die Unterstützung des Heimgewerbes zum Ziele haben, ferner Delegierte der Exportverbände dieses Gewerbes und auf diesem Gebiet hervorragend tätige Persönlichkeiten.

Die Tätigkeit des Komitees soll vor allem darin bestehen, daß dem Handelsminister Anträge und Gutachten vorgelegt werden, die den Gesamtkomplex der Unterstützung der Heimarbeiter umfassen, ferner Untersuchungen über dieses Gewerbe anstellen, es technisch und künstlerisch vervollkommen, seinen Charakter kultivieren, die Absatzorganisation der hergestellten Erzeugnisse organisieren und die finanzielle Unterstützung der Kommission gewährleisten wird. Wie verlautet, hat dieses Gesetzesprojekt in Sejmkreisen im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden.

Wie ist zu bilanzieren?

Ein bemerkenswerter Vorschlag der Warschauer Handelskammer.

Die noch geltenden Bilanzierungsvorschriften gehen von dem für normale Zeiten richtigen Prinzip aus, daß Wertpapiere und Auslandsbewertungen, soweit sie auf der Börse notieren, in die Bilanz zu einem nicht höheren als dem Börsenkurs einzusetzen seien, während Rohstoffe, Warenvorräte und andere Wertgegenstände, die einen Gegenstand des Umlaufes der betreffenden Gesellschaft bilden, zu einem nicht höheren als dem Marktpreis anzusetzen sind. Von der Erwägung ausgehend, daß der Börsen- bzw. Marktwert der oben angeführten Gegenstände im heutigen Augenblick in der Mehrzahl der Fälle ganz oder gar nicht dem tatsächlichen Wert entspricht, und Bilanzen, die nach obigen Grundätzen aufgestellt werden, kein zuverlässiges Bild über die Lage eines Unternehmens geben können, hat die Warschauer Handels- und Gewerbekammer beim Handels- und Industrie- sowie Finanzministerium einen Vorschlag unternommen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß für den gegenwärtigen Krisenzeitraum ausnahmsweise andere Bilanzierungsgrundzüge aufgestellt werden, die allerdings nur vorübergehend befolgt werden dürfen.

Der Entwurf zum „kleinen Selbstverwaltungsrecht“

Einschränkung der Rechte der Selbstverwaltung

Der Ministerrat hat den Entwurf des „kleinen Selbstverwaltungsgesetzes“ bestätigt, wozu im Vergleich zu dessen Dezemberentwurf eine Reihe von Änderungen durchgeführt wurden, die aber schließlich die Tendenz des Gesetzes unverändert gelassen haben: die Kompetenz der Kollektivorgane der Selbstverwaltungen wird eingeschränkt, das Recht der Gemeindevorstände, der Bürgermeister und der Stadtpräsidenten erweitert, die Selbstverwaltungen hingegen unter den weitgehenden Schutz der staatlichen Verwaltungsbehörde gestellt, deren Rechte ebenfalls bedeutend erweitert werden.

Die hauptsächlichste Änderung im Vergleich zu der Dezemberfassung des Entwurfs betrifft die Gemeindevorstellung als selbstverwaltende Hilfseinheit der Dorfgemeinde. Mit Rücksicht darauf, daß die Gemeindevorstellung ihren Aufgaben in finanzieller Hinsicht nicht nachkommen wird, wurde diese Institution nur auf diejenigen Siedlungen beschränkt, die vorher Einzelgemeinden oder Gemeindevorstellungen waren und eigene Immobilien oder anderes Vermögen besaßen haben. Auf diese Weise wird eine Gemeindevorstellung nur dort bestehen, wo irgendeine gemeinsame Einnahmequelle und die Notwendigkeit zur Schaffung einer Rechtsperson besteht. Außerdem wurden die Aufgaben der Gemeinde bedeutend geschmälert, und zwar wird sie nur ihr eigenes Vermögen verwalten und über die Einnahmen aus dieser Quelle verfügen. Bei der Zusammenarbeit mit der Gemeinde wird sie nur rein lokale bzw. solche Angelegenheiten erledigen, für die ihr von der Gemeinde die entsprechenden Mittel überlassen werden.

Ferner wurde das Schulgesetz eingeführt, das von einem Schulheiß geleitet wird. Das Schulgesetz ist eine Hilfsinstitution der Gemeinde bei der Ausführung von Verwaltungsarbeiten. Im Gegensatz zu dem Schulheiß der Gemeindevorstellung, der von dieser Institution gewählt und bezahlt wird, ernannt den Schulheiß des Schulbezirks der Gemeinderat; auch wird er vom Gemeindefonds unterhalten.

Eine zweite Änderung im Gesetz betrifft die Bedingungen, die von den Kandidaten für berufsmäßige Verwaltungsmitglieder der Selbstverwaltungen verlangt werden. Während das Projekt vorher als Bedingungen dafür die „vorschriftsmäßige Vorbereitung“ hinstellte, über die übrigens nichts Näheres gesagt war, so wird jetzt vom Kandidaten Praxis und Absolvierung einer entsprechenden Prüfung verlangt. Das Innenministerium wird in dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Kultusministerium entsprechende Vorschriften erlassen. Die Befreiung von dem erforderlichen Bildungszensus ist von der theoretischen Prüfung abhängig und kann von den Verwaltungsbehörden vorgenommen werden.

Den Sekretär der Dorfgemeinde und dessen Vertreter beruht der Gemeindevorstand auf Grund des Gesetzesentwurfes „auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevorwaltung“ ein, während die Dezemberfassung das eigene Gutachten des Bogtes für maßgebend erklärte. Das gleiche betrifft auch die Entlassung des Sekretärs und die Anstellung von neuem Personal.

Der Zwang, Selbstverwaltungsmandate anzunehmen, wurde nur auf diejenigen Personen beschränkt, die sich mit ihrer Kandidatur einverstanden erklärt haben.

Die wesentlichste Änderung auf dem Gebiet der städtischen Selbstverwaltungen ist die Beibehaltung des Stadtratsvorsitzes in Warschau, Lodz, Lemberg, Krakau, Posen und Wilna. Dem vorherigen Plan zufolge sollten in allen Städten die Bürgermeister bzw. Präsidenten gleichzeitig Vorsitzende des Stadtrats sein. Ferner wurde auch die Änderung eingeführt, daß während der Wahlen der Stadtratsmitglieder und der Revisionskommissionen, sowie bei der Be-

handlung und Beurteilung von Berichten und Anträgen der Kommissionen ein zu diesem Zweck gewählter Stadtratsordneter den Vorsitz führt. Bei Auflösung des Dorfs, Kreises oder Stadtrates durch die Aufsichtsbehörde, müssen die Neuwahlen im Laufe von 6 Monaten und nicht, wie bisher, im Laufe eines Jahres ausgeschrieben werden. Das Innenministerium bzw. der Ministerrat kann diese Frist jedoch auf ein Jahr verlängern. Von nun an wurde auch der maßgebenden staatlichen Verwaltungsbehörde das Recht genommen, die Stadtratspräsidenten wegen Vernachlässigung ihrer Pflichten in Bezug auf die Staatsverwaltung mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Zloty zu belegen. Dafür wurde ihnen lediglich das Recht gelassen, in solchen Fällen einen Verweis abzufassen.

Schließlich wurde eine Vorschrift eingeführt, laut der ein Beschluß des Gemeinderates, der nach Meinung der Verwaltungsbehörde mit den Interessen der Selbstverwaltung nicht im Einklang steht und von dieser Behörde abgelehnt wird, bei nochmaliger Bestätigung durch eine Dreiviertelmehrheit der Gemeinderäte rechtskräftig wird.

Steuer-Rundschau

Amortisationsabzüge bei der Einkommensteuer von Immobilien

Ueber diese Frage, die für viele Hausbesitzer von Wichtigkeit sein wird, bringt die polnische Hausbesitzerzeitschrift „Wlasno Polskie“ vom 20. Dezember 1931 einige Angaben, denen wir u. a. folgendes entnehmen: Abzüge für die Amortisierung des unbeweglichen Besitzes bei der Festsetzung des Einkommens netto zur Einkommensteuer werden auf Grund der Ausführungsverordnung des Finanzministers vom 14. Mai 1921 (Dz. U. Nr. 48, Pol. 298) vorgenommen; dabei kann als Schätzungsgrundlage dienen 1. der letzte Kaufpreis des Grundstückes, das nicht unter außergewöhnlichen Umständen gekauft wurde, 2. ein Sachverständigengutachten in Bezug auf den Bauwert und 3. die Höhe der Feuerversicherungssumme.

Für diese Amortisation darf man 1 bis 2 Prozent des oben erklärten Wertes bei Wohngrundstücken und 4 Prozent bei Fabrikgrundstücken abziehen. In Großpolen hatte man auf Grund einer Vereinbarung des Vorstandes des Hausbesitzervereins in Posen mit den Steuerbehörden die Amortisation auf 1-2 Prozent der Feuerversicherungssumme festgesetzt. Nach unserer Ansicht war dies vollkommen richtig, da der „Krajowy Zaklad Ubezpieczen ognia“, bei dem hauptsächlich die Hausbesitzer versichert sind, als Versicherungsgrundlage keine festen Normen annimmt, sondern sie dem Fall und Steigen der Baukosten gemäß verändert.

Gegenwärtig will infolge von Personaländerungen bei der Wloclawka Zaba Starbowa der Leiter der Abteilung für Einkommensteuern diese Grundlage nicht anerkennen, sondern schlägt als Grundlage der Amortisation den Wert des Grundstückes vor und führt dies auch durch, und zwar den Wert, der in einem gewissen Verhältnis zu dem Bruttoeinkommen festgesetzt wird, das, wie bekannt ist, durch die Normen beschränkt ist, die im Mietrechtsgesetz vom April 1924 vorgegeben sind.

Da man unter dem Ausdruck „Amortisation“ Abschreibungen für die Abnutzung des wirklichen Bauwertes eines Grundstückes versteht, ist dieser Standpunkt der Zaba Starbowa durch nichts begründet, sondern kann nur aus fiktionalen Rückichten erklärt werden im Sinne der heute modernen Devise: „Geld nehmen, wo man es bekommt“. Wie diese oben genannte Zeitschrift dann weiter ausführt, hat eine Rundfrage bei den Steuerbehörden anderer Teilgebiete ergeben,

Die politische Schuldenlast der Welt

Der Gesamtumfang der Schulden beträgt 54,6 Milliarden Reichsmark

Die Welt steht vor der Frage, ob sie sich mit einem mutigen Entschluss der verhängnisvollen Lasten, die der Weltkrieg ihr aufbürdet hat, entledigen, oder ob sie sich selbst dazu verdammen will, sie weiterzuschleppen.

Es ist also angebracht denn je, sich einen Begriff davon zu machen, wie widernatürlich und gefährlich die politische Verschuldung der Weltstaaten untereinander ist, die infolge des Weltkrieges neben der „natürlichen“ Verschuldung der Weltwirtschaft entstanden ist, wie sie zwangsläufig und durchaus organisch aus dem laufenden Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapitalen erwächst.

Für die interalliierten Kriegsschulden und die damit im Zusammenhang stehenden politischen Verpflichtungen einer Reihe kleinerer Länder ist gegenwärtig laut Institut für Konjunkturforschung als

Kapitalwert ein Bruttobetrag von rund 54,6 Milliarden Reichsmark anzunehmen.

In dieser Summe sind jedoch 17 Milliarden Reichsmark Schulden enthalten, die das ehemalige Russland aufgenommen hat und für die noch keine Rückzahlungsregelung getroffen ist. Vom Rest entfallen rund 33 Milliarden Reichsmark auf die Schulden der reparationsberechtigten Mächte, für die nach Aufrechnung der gegenseitigen Schulden und Forderungen ein Nettobetrag von etwa 26,8 Milliarden Reichsmark festzustellen ist.

Mit diesen 26,8 Milliarden Reichsmark sind die reparationsberechtigten Mächte an die Vereinigten Staaten von Amerika verschuldet.

Die deutschen Reparationsverpflichtungen, die (wenn man die im Young-Plan festgelegten Jahreszahlen mit 5 Prozent kapitalisiert) für die Gegenwart einen Barwert von etwa 39 Milliarden Reichsmark darstellen würden, sind insofern mit den interalliierten Schulden

in Beziehung gesetzt worden, als aus den deutschen Zahlungen die Verpflichtungen der reparationsberechtigten Mächte abgedeckt werden. Die Reparationsverpflichtungen Ungarns (Barwert rund 97 Millionen Reichsmark), die Reparationsverpflichtungen Bulgariens (Barwert rund 154 Millionen Reichsmark) und die Befreiungsschuld der Tschechoslowakei (Barwert rund 170 Millionen Reichsmark) können dagegen nur zu sehr geringen Teilen zur Deckung der interalliierten Schuldenverpflichtungen herangezogen werden.

Der weitaus grösste Teil der politischen Schuldzahlungen fliesset letzten Endes den Vereinigten Staaten von Amerika zu. Im Fiskaljahr 1931/32 (1. Juli bis 30. Juni) waren

an Zinsen und Kapitalbeträgen rund 253 Millionen Dollar fällig gewesen. Die Zahlungen sind nicht gestundet worden. Die Zahlungen an die Vereinigten Staaten sind alljährlich in der Hauptsache an zwei Terminen, am 15. Juni und am 15. Dezember, zu leisten.

Die Einnahmen aus dem Dienst der interalliierten Schulden machten bisher in der Regel nur etwa 5 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen der Vereinigten Staaten aus. Erst im Jahre 1930/31 war der Anteil der Zahlungen der reparationsberechtigten Mächte an den gesamten ordentlichen Einnahmen des amerikanischen Bundes auf 6,7 Prozent gestiegen; das war einerseits auf die Zunahme der Zahlungen der Schuldner, andererseits aber auch auf den scharfen Rückgang der Gesamteinnahmen infolge der Wirtschaftskrise zurückzuführen. Der Anteil der interalliierten Zahlungen an gesamten planmässigen Schuldendienst der Vereinigten Staaten dürfte von rund 15 Prozent im Jahre 1925/26 auf mehr als 21 Prozent im Jahre 1930/31 angestiegen sein. Diese Zunahme ist um so bedeutungsvoller, als 1930/31 die amerikanische Bundesschuld im Zusammenhang mit den sinkenden Einnahmen zum erstenmal seit 1920 wieder gestiegen ist.

Sogar Kreuger wackelt

Fehlspekulationen des Zündholzkönigs

Auch das riesige Gebäude des Weltfinanziers und Zündholzkönigs Ivar Kreuger bekommt allmählich die Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise zu spüren. Auch er hat die Entwicklungsmöglichkeiten überschätzt und wurde schliesslich in Operationsmethoden gedrängt, die seinen ursprünglichen Plänen nicht im entferntesten mehr entsprachen, die aber durchgeführt werden mussten, weil er für die irrsinnig wachsende Kapazität seiner Produktionsmittel Absatzmöglichkeiten schaffen musste. Die Entwicklung seiner Finanzierungspolitik ergibt sich am deutlichsten aus einigen Zahlen. Das polnische Zündholzmonopol erlangte Kreuger im Jahre 1925 für eine Anleihe von 6 Millionen Dollar. Eine genau ebenso hohe Anleihe musste er 5 Jahre später Lettland geben für das dortige Zündholzmonopol, obwohl dieser Staat nur ein Fünftel der Einwohner Polens hat. Die Anleihe, die er Deutschland im Jahre 1930 gewährte, bezifferte sich auf den riesigen Betrag von 125 Millionen Dollar, also mehr als das Zwanzigfache der nach Polen gebenen Anleihe, obwohl die Bevölkerungsziffer Deutschlands nur doppelt so gross ist wie die Polens und obwohl die ökonomische Struktur Polens dem Zündholzkonsum zweifellos günstiger ist als die Deutschlands. Den 8 Millionen Ungarn musste Kreuger für das Zündholzmonopol 36 Millionen Dollar leihen. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass und warum es eine Schwächung des Kreugerschen Finanzgebäudes bedeuten musste, wenn er seine Zündholzmonopole mit so rapid wachsenden Anleihebeträgen zu erkanen

gezwungen war. Wie man weiss, hat Kreuger sich auch stark in Süd- und Zentralamerika engagiert.

also gerade in den Ländern, die jetzt unter den unmittelbaren Wirkungen der Weltwirtschaftskrise am stärksten leiden. Kein Wunder also, dass nach der Lösung der schwedischen Krone vom Gold auch die Kreugerschen Werte rapid sanken; sie sind auf ein Viertel bis ein Sechstel des Standes ihrer besten Zeit, in einigen Fällen sogar noch stärker gesunken. Wenn nun auch Kreuger bisher den finanziellen Anforderungen gerecht werden konnte, die das Zurückströmen der Werte seiner Gesellschaft vom internationalen Markt an ihn stellte, so ist nun doch allmählich diese finanzielle Anspannung selbst für seinen mächtigen Konzern reichlich stark geworden. Bezeichnend dafür ist der

Zusammenbruch der Bank, die an der Spitze des schwedischen Emissionskonsortiums der Kreugerschen Werte stand. Damit wird erkennbar, dass Kreuger sich mit dem Gedanken vertraut macht, die Grenze seines Reiches langsam zurückzustecken. Wenn ihm das gelingt, ohne dass es irgendwo zu einem plötzlichen Einbruch kommt, so mag es sein, dass er die Prüfung übersteht. Allerdings hat er viele Fronten zu verteidigen; denn seine Erzeugnisse, sowie die Kugellager-Produktion und die Zellulose-Unternehmungen sind nicht weniger von der allgemeinen Depression betroffen, als das papierene Rückgrat seines gewaltigen Konzerns.

Der Lebensstandard in Deutschland und in Polen

Deutsche Arbeiter verbrauchen 30 Prozent, polnische Arbeiter über 60 Prozent ihres Einkommens — zur blossen Ernährung

Zu der Frage der Unterschiede im Lebensstandard deutscher und polnischer Arbeiter liefert das Organ des Verbandes der Ingenieure und Techniker in der Woiwodschaft Schlesien, „Technik“, einen interessanten Beitrag, der sich auf Ermittlungen des statistischen Reichsamtes in Deutschland und auf entsprechende polnische Untersuchungen stützt. Wir lassen nachstehend den Artikel in Uebersetzung folgen. Die Red. der vom Statistischen Amt in Deutschland durchgeführten Zusammenstellungen von Haushalts-

budgets in der Zeit vom 1. März 1927 bis zum 29. Februar 1928 umfassen 964 Arbeiter-, 559 private und 509 staatliche und kommunale Beamtenfamilien.

Fast in derselben Zeit, d. h. vom 1. Januar 1927 bis zum 31. Dezember 1928, wurden in Polen identische Untersuchungen durchgeführt. Das durchschnittliche Monatseinkommen der von der deutschen Statistik erfassten Arbeiterfamilien beträgt 272 RM., = 577 z., das Einkommen der von der polnischen Statistik erfassten Arbeiter im Durchschnitt 258 z (1 RM. = 2,12 z).

Gruppen	Gesamtzahl der Personen	Zahl der Personen mit einem Einkommen von (in RM.)				
		weniger als 2500	2500 bis 3000	3000 bis 3600	3600 bis 4300	4300 bis 5100
Arbeiter	964	86	255	293	178	84
Privatbeamte	546	—	36	87	133	131
Staats- und Kommunalbeamte	498	—	28	68	91	81

Firmennachrichten

Konkurse

E. = Eröffnungstermin. K. = Konkursverwalter. A. = Anmeldetermin. G. = Gläubigerversammlung. Termine finden in den Bezirken statt.
Bergant. Konkursverfahren Ruchus Pichowski. E. 9. 1. 1932. K. Rechtsanwalt Dr. Wysocki. A. 17. 2. 1932. Erster Termin 9. 2. 1932, 12 Uhr. G. 25. 2. 1932, 10 Uhr.
Gnesen. Konkursverfahren Fa. Gnieźnińska Fabryka Krzesel, Fr. Schmeling. E. 12. 1. 1932. K. Rechtsanwalt Lukaszyk. A. 15. 2. 1932. Erster Termin 28. 1. 1932, 10 Uhr. G. 16. 2. 1932, 10 Uhr.
Liebau. Konkursverfahren Klemens Przeradzki. E. 12. 1. 1932. K. Jan Kelch. A. 18. 2. 1932. Erster Termin 24. 2. 1932, 10 Uhr. G. 9. 3. 1932, 10 Uhr.
Nikolai. Konkursverfahren Fa. „Oswaga“, S. A. in Łaziski-Górne. G. 10. 2. 1932, 10 Uhr. Zimmer 15.
Posen. Konkursverfahren Józef Zakrocki, ulica Jasna 6/7, bei Kaoppel. E. 5. 1. 1932. K. Tadeusz Smyt. A. 5. 2. 1932. Erster Termin 26. 1. 1932, 10 Uhr. G. 18. 2. 1932, 10 Uhr. Zimmer 29.

Gerichtsaufsichten

Termine finden in den Bezirken statt.
Gdingen. Fa. „Gęcha“, Gdynskie Towarzystwo Handlowe. Antrag auf Zahlungsaufschub. Prüfungstermin 21. 1. 1932, 10 Uhr. Zimmer 33.
Gnesen. Zahlungsaufschub auf Antrag der Firma „Gnieźnińska Fabryka Krzesel“, Fr. Schmeling, niedergeschlagen.
Königschütze. Zahlungsaufschub Fa. Martha A. Weiser, ul. Jagiellońska 1. Prüfungstermin 4. 2. 1932, 12 Uhr. Zimmer 6.
Myslowitz. Gertrud Wessela, ul. Psczrzyńska. Antrag auf Zahlungsaufschub. Prüfungstermin 22. 1. 1932, 11 Uhr. Zimmer 18.
Wandsburg. Vergleichsverfahren Fa. Józef Nierzwicki. G. 22. 1. 1932, 10 Uhr.

Die Ausgaben für Lebensmittel in der niedrigsten Lohngruppe und für Alkohol und Tabak betragen 47,9 Prozent der Gesamtsumme, in der höchsten Lohngruppe nur 41,5 Prozent. Die durchschnittlichen Ausgaben bei den polnischen Familien betragen in diesem Falle 61,0 Prozent. (Ohne die Ausgaben von 3,4 Prozent für Alkohol und Tabak.)

Die Höhe des durchschnittlichen Haushaltsbudgets einer Arbeiterfamilie beträgt 3259 RM., einer privaten Beamtenfamilie 4712 RM. und einer staatlichen und kommunalen Beamtenfamilie 5349 RM.

Die durchschnittliche Personenzahl einer Arbeiterfamilie beträgt 4,2 Personen, einer arbeitenden Familie 3,6 Personen und einer Beamtenfamilie 3,9 Personen. Dies zeigt einen weiteren Unterschied im Lebensstandard der Familien physischer und geistiger Arbeiter.

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Familien im Verhältnis zum ganzen Budget in Prozenten zusammengesetzt sehen folgendermassen aus:

Die einzelnen Ausgaben	Deutsche		Poln.	
	1927/28	Enquête	1927/28	Enquête
Lebensmittel	30,3	31,3	41,1	61,0
Alkohol u. Tabak	2,9	3,2	4,2	3,4
Wohnung	12,0	11,5	10,0	4,0
Wohnungseinrichtg.	6,4	5,5	3,9	2,4
Licht und Heizung	3,7	3,5	3,6	4,4
Bekleidung	13,9	12,6	12,7	13,3
Körper- u. Gesundheitspflege	2,6	2,0	1,4	1,8
Kultur- u. gemeinnütz. Ausgaben	8,4	7,9	6,3	3,4
Sonstige	10,4	8,4	4,9	1,3
Versicherungen und Steuern	7,8	12,2	10,4	5,0
Ersparnisse	1,6	1,9	1,5	—
Insgesamt	100	100	100	100

Man erkennt daraus das niedrige Lebensniveau des polnischen Arbeiters. Die Ausgaben für Wohnung machen im Haushaltsbudget des Arbeiters und des Beamten in Deutschland eine beträchtliche Summe

aus, in Polen dagegen nur einen minimalen Betrag, besonders wenn man noch die Höhe dieser Prozente in Zloty berücksichtigt.

Die Prozente der Ausgaben für Wohnung fallen mit dem Anwachsen der allgemeinen Budgetsumme. Für die niedrigste Lohngruppe der deutschen Arbeiter betragen sie 11,9 Prozent, für die höchste 8,8 Prozent.

Die prozentuellen Ausgaben für Wohnungseinrichtung, Hygiene und Gesundheit, die kulturellen und sozialen Ausgaben wachsen ständig mit der Erhöhung des Budgets mit. Dieses Anwachsen ist ein Zeichen des höheren Lebensniveaus und ist nur dann möglich, wenn die notwendigsten Lebensausgaben erfüllt sind.

Der grosse Unterschied zwischen den Ausgaben der Arbeiter- und Beamtenfamilien wird auch durch das Annehmen einer bezahlten Hilfe bedingt.

Die Frage der Ernährung wurde teilweise besonders genau untersucht. Im allgemeinen kann man aus der nachstehenden Tabelle schliessen, dass die Ausgaben für pflanzliche Nahrung (durchschnittlich 42,5 Prozent und fleischliche 55,6 Prozent) bei den Arbeiterfamilien fast keine Unterschiede bei der Zusammenstellung mit der Lohnskala ausmachen.

Artikel	Einheit	Durchschnittlicher täglicher Verbrauch		
		Arbeiter	geist. Arb.	Beamte
Fleisch	gr	450	370	412
Milch	Lit.	1,3	1,24	1,42
Butter	gr	49	89	98
Sonst. Fettigkeiten	gr	151	102	110
Käse	gr	42	42	46
Eier	Stück	1,3	1,4	1,5
Fische	gr	58	60	63
Brot und Semmel	gr	1030	864	972
Mehl, Reis und Grütze	gr	222	175	222
Kartoffeln	gr	1387	1188	1361
Gemüse	gr	348	344	352
Obst	gr	263	336	402
Zucker	gr	146	136	161
Bier	Lit.	0,28	0,21	0,22

Die Ausgaben für Alkohol und Tabak wachsen mit der Erhöhung des Budgets an. Die Besserung des Wohlstandes hat keinen Einfluss auf die Vergrösserung des Verbrauches von Brot, Mehl, Fetten (ausser Butter) und Kartoffeln. Bedeutend ist das Anwachsen des Verbrauches von Fleisch, Butter, Milch und Käse, Eier, Kaffee, Tee und Kakao, Alkohol und Tabak.

Im Verhältnis zu dem Verbrauch der einzelnen Personengruppen schwankt die tägliche Ausgabe für Lebensmittel je nach Vermögen zwischen 0,85 RM. bis 1,55 RM. ohne Alkohol und Tabak, zwischen 0,91 RM. bis 1,78 RM. mit Alkohol und Tabak.

Alkohol und Tabak nehmen also im Budget des deutschen Arbeiters 7—15 Prozent ein. Wenn wir hinzufügen, dass die Familie durchschnittlich aus 4,2 Personen besteht, und dass Alkohol und Tabak fast nur vom Familienvater gebraucht wird, so werden wir sehen, dass der Betrag für Lebensmittel einer solchen Familie $4,2 \times 0,85 = 3,47$ RM. bis zu 6,51 RM. ohne Alkohol und 3,82 RM. bis 7,76 RM. mit Alkohol ausmacht. Nimmt man dabei nur die niedrigsten Zahlen und zählt man von der Lebensmittelquote die Prozente für Alkohol und Tabak ab, so sieht man, dass diese Ausgabe 25 Pfennig täglich ausmacht oder im Verhältnis zur durchschnittlichen Lebensmittelquote ohne Alkohol und Tabak von 0,85 RM. 29 Prozent beträgt. Es ist ein grosser Nachteil, dass wir bisher noch keine ähnliche Statistik für die polnischen Familien aller Schichten haben.

Danzigs Preissenkungsprogramm

Wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe über den Senatsbeschluss, laut dem auch in Danzig eine allgemeine Senkung der Zinssätze, Mieten und Einzelhandelspreise durchgeführt werden soll. Die einzelnen Punkte dieses Programms stellen sich gemäss dem Beschluss folgendermassen dar:

1. Mietenkung. Die für den 1. April 1932 gesetzlich festgelegte Mieterhöhung von 5 Prozent (Erhöhung der gesetzlichen Miete von 115 Prozent auf 120 Prozent der Friedensmiete) ist durch Rechtsverordnung des Senats aufgehoben worden. Es findet also am 1. April 1932 keine Mieterhöhung statt.

Darüber hinaus werden die Mieten für Neubauwohnungen in einem Masse gesenkt, dass unter Berücksichtigung der Zinssenkung den Grundstückseigentümern eine Rentabilität der Grundstücke gewährleistet wird.

2. Zinssenkung. In Anlehnung an die Vorschriften der vierten deutschen Notverordnung werden die Zinsen für Hypotheken, Pfandbriefe usw. durchschnittlich um 25 Prozent, teils sogar mehr, gesenkt. Die Hypothekendarlehen werden bis Ende 1933, gegebenenfalls bis Ende 1935 gestundet.

Die Senkung der bankmässigen Zinsen und Provisionen sowie der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen wird durch eine Deklarationspflicht der Banken über deren Höhe eingeleitet.

3. Kündigung langfristiger Mietverträge für gewerbliche Räume und Wohnungen. Zum Zwecke der Herabsetzung der Ladenmieten usw. wird ein ausserordentliches Kündigungsrecht zum 31. März 1932 für Verträge gewährt, die vor dem 15. Juli 1931 geschlossen sind.

Das Kündigungsrecht ist nicht gegeben, wenn der Vermieter in eine 20prozentige Herabsetzung der Miete seit dem 1. Januar 1931 gewilligt hat oder eine solche bis zum 10. 2. 1932 bewilligt.

4. Preissenkung. Soweit in Danzig durch behördliche Massnahmen eine Preissenkung, insbesondere für Waren des täglichen Bedarfs, möglich ist, soll sie mit allem Nachdruck erfolgen. Die gesetzlichen Grundlagen sind vom Senat in seiner letzten Sitzung beschlossen.

5. Schutzmassnahmen gegen Zwangsversteigerungen in Stadt und Land. Der Senat hat beschlossen, Massnahmen zu treffen, die die Verschleuderung von Grundbesitz verhindern und die die Erhaltung des Besitztums dem bisherigen Eigentümer ermöglichen.

Der Wortlaut der Verordnungen zu 1 bis 4 steht bereits fest; der Wortlaut der Verordnung zu 5 wird in der nächsten Senatssitzung festgestellt werden.

Um die Zinssenkung in Polen

In Bankkreisen wird gegenwärtig vielfach über die Möglichkeit einer erfolgreichen Bindung der inländischen Sparkapitalien an die inländischen Banken gesprochen. Mit besonderer Beunruhigung erfüllt der ständige Abfluss von Sparkapitalien in den letzten Monaten, der vermuten lässt, dass die Spargelder polnischer Bürger zum Teil ihren Weg in das Ausland nehmen. Die „Gazeta Handlowa“ vom 14. d. Mts. stellt in einem Leitartikel fest, dass die Spareinlagen an den Kommunalsparkassen in der Zeit vom 1. Juni bis 1. Dezember des vorigen Jahres um 40 Mill. zł zurückgegangen sind.

Es ist nur natürlich, dass, je höher die von den inländischen Banken gezahlten Zinssätze sind, um so grösser auch für die Sparer der Anreiz ist, ihr Geld auf inländischen Banken anzulegen. Die Erhöhung des Zinssatzes hat aber ausserordentlich gefährliche Folgen vor allem dadurch, dass bei Kreditverteilungen seitens der Banken an die inländische Wirtschaft die Bestimmung der Wirtschaftsbetriebe eine zu grosse wird. Man ist deshalb vielfach der Ansicht, dass aus diesem Grunde der Zinssatz im Inland nicht nur nicht erhöht werden darf, sondern sogar noch ermässigt werden

Neuregelung des Düngemittelverkaufs

Dem Sejm liegt zur Zeit ein Regierungsentwurf zu einem Gesetz über den Verkauf von künstlichen Düngemitteln vor, das eine Novelle der gegenwärtig geltenden Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. März 1928 darstellt. In der Regierungsbegründung wird darauf hingewiesen, dass die Regierung bei der Durchführung der bisher geltenden Verordnung auf Schwierigkeiten gestossen sei, die eine Abänderung und Ergänzung derselben notwendig gemacht hätten. Die wichtigsten in der Novelle vorgesehenen Änderungen sind folgende:

1. Die Bestimmungen über die beim Verkauf und bei der Aufbewahrung erforderlichen Bescheinigungen über die Zusammensetzung und Verwendung der künstlichen Düngemittel, sowie über den Wortlaut der Aufschriften sollen dahin geändert werden, dass die Festsetzung der Einzelbestimmungen den zuständigen Ministerien überlassen bleibt.

2. Die zuständigen Ministerien sollen der Novelle zufolge die Beizugs haben, den Verkauf geringfügiger Mengen von künstlichen Düngemitteln von den Vorschriften des Gesetzes zu befreien. Ob der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form angenommen werden wird, erscheint noch nicht sicher; sofort nach Bekanntwerden haben die interessierten Handelskreise eine ablehnende Haltung bekundet. Die Warschauer Handelskammer hat auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Versammlung insbesondere dagegen Stellung genommen, dass die Regierung den Entwurf dem Sejm unter Umgehung der daran interessierten, gesetzlich als Begutachter vorgesehenen Handelskammern vorgelegt habe.

Nach einem in der polnischen Presse veröffentlichten Communiqué des Ministeriums für Industrie und Handel sollen in der Frühjahrssession 1932 Genehmigungen zur Einfuhr von Stickstoff-Düngemitteln nach Polen nicht erteilt werden. Die Fabriken in Chorzów und Mościce könnten den inländischen Bedarf an Stickstoff vollumfänglich decken und hätten die Preise für Kunstdünger so weit herabgesetzt, dass der polnische Kunstdünger zum Teil billiger, zum Teil ebenso billig wie der ausländische Kunstdünger verkauft werde. Diese Preisdrückherabsetzung sei nur dank der Verzichtleistung der Regierung auf die in den Jahren 1931 und 1932 von den Fabriken an den Fiskus abzuführenden Abschreibungssummen möglich gewesen. Eine nennenswerte Einfuhr von Stickstoffdüngemitteln nach Polen hat in den letzten Jahren nicht stattgefunden.

Rückgang der Bankeinlagen

Die Gesamteinlagen aller polnischen Banken, einschliesslich Notenbank und Staatsbank, sind im dritten Vierteljahr 1931 von 2921,6 Mill. zł auf 2565,3 Mill. zł, d. h. um 12 Prozent, zurückgegangen. Im 2. Quartal hatte der Rückgang nur 2,7 Prozent betragen. Auf die einzelnen Finanzinstitute verteilten sich die Einlagen in folgender Weise: Bank Polski verfügte am 30. September über 129,8 Mill. zł an Einlagen gegen 155,0 Mill. am 30. Juni d. Js., Bank Gospodarstwa 234,9 (262,7), Bank Rolny 57,7 (71,5), Kommunalkassen 61,1 (63,6), Aktienbanken 593,8 (773,5), Filialen der Auslandsbanken 60,9 (71,7), Postsparkasse 450,7 (479,2), Kommunalkassen 617,6 (658,6), Kreditgenossenschaften 353,3 (380,3), Zentralkasse der landwirtschaftlichen Genossenschaften 5,5 (5,5) Mill. zł. Der starke Einlagenrückgang zieht notwendigerweise auch eine Einschränkung der Kredite nach sich.

„Vor allem ist darauf anmerkenswert zu machen, dass die Politik der staatlichen und kommunalen Kreditinstitute die Quelle der Belastung der polnischen Volkswirtschaft mit hohen Zinsen ist. Die Postsparkasse zahlt für Einlagen 7 Prozent jährlich, die Kommunalsparkassen zahlen sogar überwiegend noch erheblich mehr. Um diese für die Einlagen gezahlten Zinsen herauszuarbeiten, sind diese Bankinstitute gezwungen, selbst Darlehen zu 10, 12 und mehr Prozent zu erteilen. Einen solchen Zinssatz kann die polnische Volkswirtschaft nicht anhalten. Die Herabsetzung der Zinssätze für Einlagen bei der Postsparkasse würde eine Herabsetzung der Zinssätze für Pfandbriefe und Obligationen der Staatlichen Landwirtschaftsbank (Bank Rolny), sowie der Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) ermöglichen, die sich im Portefeuille der Postsparkasse befinden.“

Bei Besprechung des psychologischen Eindruckes auf die Volksgemeinschaft warnt der Autor des Artikels vor dem Fehler der nicht genügenden Einschätzung dieses Eindruckes und ist der Ansicht, „dass eine Flucht der Einlagen infolge der Herabsetzung der Zinssätze nicht zu befürchten ist, da die beweglichen Summen bereits in einer Höhe von etwa 70 Mill. Doll. ins Ausland abgeflossen sind.“

Auch die übrige hauptstädtische Presse befasst sich mit diesem Problem, und das rechtsstehende „A. B. C.“ fordert das Finanzministerium auf, zu dieser Gelegenheit öffentlich Stellung zu nehmen und darüber Aufschluss zu geben.

Märkte

Getreide. Warschau, 18. Januar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau für 100 kg in Zloty. Parität Waggon Warschau. Im Grosshandel: Roggen 27—27,50, Gutswelzen 26,50—27, Sammelwelzen 26—26,50, Sammelhafer 21,50—22, Gerstengrütze 21—21,50, Braugerste 23,50—24,50, Speiseerbsen 27—30, Viktoriaerbsen 31—35, Winterraps 34—35, Rotklee 220—260, Weissklee 250—350, Weizenluxumehl 45—52, Weizenmehl 4/0 40—45, gebeuteltes Roggenmehl 41—44, mittlere Weizenklee 15—15,50, Roggenklee 14—14,50, Sonnenblumenkuchen 20,50 bis 21,50, Rapskuchen 20—21, Seradella, doppelt gereinigt 27 bis 29, Blaulupinen 15,50—17,50, gelbe 18—20, Pelusken 26—28, Wicke 24—26, Leinsamen 90prozent 37—39. Mittlere Umsätze bei ruhigem Marktverlauf. Eier und Molkerelerzeugnisse. Lemberg, 18. Januar. Marktpreise für Butter in Zloty für 100 kg loko Verkaufsmagazin Lemberg-Stadt: Prima-Butter 340—360, Tafelbutter 310—330, Kochbutter 260—280, Landquark 60, Molkerquark, gesalzen 20—30; Preise für Milch für 100 l loko Bahnmagazin Lemberg: Vollmilch 18—28; Eierpreise für eine grosse Kiste (1440 Stück) loko Lemberg: Originaler über 48—51 kg 134—136. Butter und Milch sind im Preise behauptet. Marktverlauf: ruhig.

Berlin, 18. Januar. Getreide und Oelsaat in für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen 226—228, Roggen 197—199, Braugerste 160 bis 170, Futter- und Industrieerste 155—160, Hafer 135—143, Weizenmehl 27,50—31,25, Roggenmehl 27 bis 29,25, Weizenklee 9,60—10, Roggenklee 9,60—10, Viktoriaerbsen 21—27,50, kleine Speiseerbsen 21—23,50, Futtererbsen 15—17, Pelusken 16—18, Ackerbohnen 14 bis 16, Wicken 16—19, blaue Lupinen 10—12, gelbe Lupinen 14—15,50, neue Seradella 22—28, Leinkuchen 11,90—12, Trockenschrot 6,50—6,60, Soyschrot ab Hamburg 10,60—10,80, ab Steitin 11,50—11,60, Kartoffelflocken 12,10—12,30.

Märkte

Getreide. 1. u. 2. Jan. 19. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznan.

Transaktionspreise: Roggen 535 to... 27.25 Weizen 90 to... 24.75

Richtpreise: Gerste 64-66 kg... 20.25-21.25 Gerste 38 kg... 22.00-23.00 Braugerste... 24.50-25.50 Hafer... 21.00-21.50 Roggenmehl (65%)... 37.00-38.00 Weizenmehl (65%)... 35.75-37.75 Weizenkleie... 14.00-15.00 Weizenkleie (grob)... 15.00-16.00 Roggenkleie... 15.75-16.25 Raps... 33.00-34.00 Viktoriaerbsen... 24.00-28.00 Folgererbsen... 29.00-32.00 Senf... 33.00-40.00

Gesamtstendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 195 to., Weizen 45 to., Trockenschrot 10 to., Raps 100 Zent. Weizenabsatz erschwert.

Produktenbericht. Berlin, 18. Januar. Bei knappem Inlandsangebot fester. Am Produktmarkt herrschte zu Wochenbeginn fast allgemein eine festere Tendenz. Das Inlandsangebot ist in allen Getreidearten gering, und obgleich die Nachfrage sich auch nur auf die Deckung des notwendigen Bedarfs erstreckt, mussten am Promptmarkt für Weizen etwa 2 Mark, für Roggen 1 Mark höhere Preise als am Sonnabend bewilligt werden. Die Umsatzfähigkeit erreichte naturgemäß kein größeres Ausmaß. Im handelsrechtlichen Lieferungsverhältnis setzte Weizen 1,50 bis 2 Mark, Roggen bis 1 Mark höher ein. Der Absatz von Weizen- und Roggenmehlen hat keine Belebung erfahren, infolge der Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Rohmaterials haben die Mühlen ihre Forderungen erhöht. Am Hafermarkt zeigt der Handel zu behaupteten Preisen einige Kauflust, während der Absatz an den Konsum sich ziemlich schleppend gestaltet. Die Kauflust für Gerste hat nachgelassen, allerdings bietet das geringe Angebot den Preisen eine Stütze. Weizen- und Roggenexporte sind wegen auf Sonnabendniveau offeriert.

Posener Viehmarkt

vom 19. Januar 1932. Auftrieb: Rinder 550, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1600, Kälber 462, Schafe 350, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 2962.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rindvieh

Jochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt... 64-70 b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren... 54-60 c) ältere... 42-48 1) mäßig genährte... 32-40

Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete... 56-60 b) Mastbullen... 48-54 c) gut genährte, ältere... 42-46 d) mäßig genährte... 32-40

Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete... 62-68 b) Mastkühe... 54-60 c) gut genährte... 32-40 d) mäßig genährte... 24-28

Färsen: a) vollfleischige, ausgemästete... 64-70 b) Mastfärsen... 54-60 c) gut genährte... 44-50 d) mäßig genährte... 32-40

Jungvieh: a) gut genährtes... 32-40 b) mäßig genährtes... 26-30

Kälber: a) beste ausgemästete Kälber... 60-64 b) Mastkälber... 52-56 c) gut genährte... 46-50 d) mäßig genährte... 36-40

Schafe: a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe... 44

Mastschweine: a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht... 88-90 b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht... 84-86 c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht... 78-82 d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg... 70-76 e) Sauen und späte Kastrate... 70-80 f) Bacon-Schweine... 74-76 Bacon-Schweine loco Verladest. I. Kl. II. Kl. 66-70

Marktverlauf: sehr ruhig.

Danzig, 18. Januar. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen ohne Handel, Roggen z. Export 15.60, Gerste feine 14.50-15.50, Gerste mittel 14-14.50, Futtergerste 13.50, Hafer ohne Handel, Viktoriaerbsen 15-17, grüne Erbsen 18-22, Roggenkleie 9-9.50.

Weizenkleie 9-9.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 5, Roggen 95, Gerste 53, Hafer 1, Hülsenfrüchte 8, Kleie und Oelkuchen 1, Saaten 5.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 18. Januar. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahl oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht: März 242.75-242.25, Mai 250.50-249, Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 210, Mai 214 und Brief, Hafer: März 156, Mai 164.

Hamburger Cifnotierungen für Auslandsgetreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (bfl. je 100 kg). Weizen: Manitoba I schw. 6.60, Januar 6.60, do. II schw. 6.15, Januar 6.15, Amber Durum (79 kg) 7.90, Rosa Fé (79 kg) Januar-Februar 4.95, Barusso (79 kg) Januar-Februar 4.90, Bahia (79 kg) Januar-Februar 5.10, Gerste: Donau (61-62 kg loko 5.30, do. Januar 5.30, La Plata (64 bis 65 kg) Januar-Februar 4.93, Roggen: La Plata (74-75 kg) Januar-Februar 4.77, Mals: La Plata loko schw. 3.40, do. Januar 3.55, do. Februar 3.60, do. März 3.65, Donau (Galfox) schw. 3.32, do. Januar 3.40, Hafer: Unclipp, Plata (46-47 kg) Januar-Februar 3.95, Clipped Plata (51-52 kg) Januar-Februar 4.15, Weizenkleie: Bran schw. 3.80, do. Januar 3.80, do. April 3.80, Leinsaat: La Plata (96 %) Januar 7.20, do. Februar 7.20, Rizinus Januar-Februar 12.17, Bombay Januar-Februar 11.15.

Kartoffeln. Berlin, 18. Januar. Speisekartoffeln: Weisse 1.50-1.60, rote 1.70-1.90, Odenwälder blaue 1.80-2, andere gelbfleischige ausser Nieren 2.10-2.30, Fabrikkartoffeln 8/4-9/4 Pfennig pro Stärkeprozent. Exportware in allen Klassen 40 bis 75 Pfennig höher.

Posener Börse

Posen, 19. Januar. Es notierten: 5% Konvert.-Anleihe 40.50-41 + (39.50), 4% Konvert.-Pfandbr. der Pos. Landsch. 28.50 G (28), 6% Roggenbriefe d. Pos. Landsch. 13.25 + (13.50). Tendenz: behauptet. G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, - = ohne Umsatz.

Danziger Börse

Danzig, 18. Januar. Scheck London 17.84, Dollarnoten 5.12, Reichsmarknoten 12 1/2, Zlotynoten 57.42. Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund behauptet, Scheck London notierte amtlich 17.82-86, Reichsmarknoten lagen international schwächer und waren, ebenso wie Auszahlung Berlin, im Freiverkehr mit 120 1/2-122 1/2 zu hören. Dollarnoten wurden amtlich mit 5.12 festgesetzt, während Kabel New York heute ebenfalls 5.12 notierten. Der Zloty war auf die Abschwächung des Dollar ebenfalls rückgängig bis auf 57.37-48 für Noten und 57.34-46 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 18. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9110, Goldrubel 505 z1 für 100 Rubel, Tschernowez 0.31 1/2 Dollar, deutsche Mark 211.75.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.78, Berlin 211.75, Bukarest 5.33, Helsingfors 12.90, Spanien 75.40, Kopenhagen 171.00, Oslo 168.50, Riga 171.50, Sofia 6.47, Stockholm 172.00, Montreal 7.50.

Es notierten: 4% Prämien-Invest.-Anleihe 83.50-83 (-), 4% Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 90 (-), 4% Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 43.60-43 (44), 5% Staatl. Konvert.-Anleihe 40 (40.50-40), 6% Dollar-Anleihe 59 (55.50), 7% Stabilisierungs-Anleihe 53.50 (54.50). Bank Polski 100.00 (102.00), Starachowice 5.00 (5.00). Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse

Table with columns for city (Amsterdam, Berlin, Brüssel, London, New York, Paris, Prag, Rom, Danzig, Stockholm, Zürich) and exchange rates for Gold, Brief, and other currencies.

Tendenz: fest; für Paris, Danzig, Belgien, Holland u. London im übrigen schw. cher.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

Table with columns for city (Bukarest, London, New York, Amsterdam, Brüssel, Budapest, Danzig, Helsingfors, Italien, Jugoslawien, Kausas, Kopenhagen, Lissabon, Oslo, Paris, Prag, Schweden, Sofia, Spanien, Stockholm, Wien, Tallin, Riga) and exchange rates for Gold, Brief, and other currencies.

Ostdevisen. Berlin, 18. Januar. Auszahlung Posen 47.05-47.25 (100 Rm. = 211.64-212.54), Auszahlung Warschau 47.05-47.25, Auszahlung Kattowitz 47.05-47.25; grosse polnische Noten 46.90-47.30.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Der Frost arbeitet im Garten

Von einem erfahrenen Gärtner wird uns geschrieben:

Wenn man bei scharfem, schneclosem Frost die Bodenoberfläche der Gartenbeete beobachtet, so findet man merkwürdige Zerküftungen. Keine Haar-Risse laufen kreuz und quer über die Fläche. Daneben wieder ist der Boden fast fingerbreit auseinandergerissen. Der Frost arbeitet im Boden.

Unsere sommerliche Bodenlockerungsarbeit mit der Hacke ist Großschmiedearbeit gegen die durchgreifende Feinmechanikerarbeit des Frostes. Wir haben eigentlich nur an der Oberfläche ein wenig herumgekratzt, um den Boden zu pflegen und unseren Pflanzen das Wasser zu erhalten, das sonst durch die feinen Bodenkanälchen in die sommerliche Luft verunstet wäre. Darum war unsere Oberflächenarbeit nicht umsonst. Zur Bodenaufflockerung aber hat unsere Hackarbeit wenig beigetragen. Da wollen wir schon den Frost als Mitarbeiter zuziehen. Seine Arbeitsmethode ist ebenso einfach wie gründlich: Die Herbstregen haben dem Boden reichlich Wasser zugeführt. Die Hohlräume zwischen den Erdteilchen sind vollgefüllt. Nun ist es Zeit für den Frost. Er zerlegt nicht nur mutwillig die gefüllte Wasserflache auf dem Küchensbalkon, er sprengt auch die wassergefüllten Kanälchen in unserem Gartenboden. Das Wasser dehnt sich zu Eis - hart und unerbittlich werden Erdklümpchen auseinandergerissen. Unzählige sind diese Sprengminen auf dem Gartenbeet.

Der praktische Nutzen, den die Vegetation aus dieser Bodenbearbeitung zieht, ist ein doppelter. Einmal werden durch diese Zermürbung des Bodens neue Nährstoffquellen für die Pflanzwurzeln leicht zugänglich. Zum anderen wird die Bodenstruktur selbst aufgelockert. Je feiner aber eine Bodenart gekörnt ist, desto leichter saugt sie Wasser aus dem Untergrund und desto leichter hält sie Oberflächwasser fest. Beide Eigenschaften sind für Pflanzkulturen von weittragender Bedeutung. Erst eine gleichmäßig geregelte Bodenfeuchtigkeit verbürgt ungehemmtes Wachstum. Ein interessantes Experiment zeigt, daß die Fähigkeit des Wasserhaltens bei den einzelnen Bodenarten verschieden ist. Wir besorgen uns zwei verschiedene Erdarten: feinkörnige Gartenerde und sandigere grobkörnige Erde. Beide lassen wir in der Luft gleichmäßig abtrocknen, dann füllen wir sie in Glasröhren von 1 1/2 cm Durchmesser und 30-40 cm Länge. Nachdem wir die Röhren unten mit Woll abgebandelt haben, stecken wir sie in Wasser und beobachten nun, wie das Wasser in der einen und der anderen Röhre hochsteigt. Wir wissen nun, daß die Arbeit des Frostes uns wertvolle Dienste leistet. Wenn er uns hilft, so wollen wir diese Hilfe noch wirksamer gestalten, indem wir mithelfen.

Gehe ich im Winter an einem Garten vorbei und sehe, daß auf noch geglättetem frosterstarrtem Boden Kohlrüben und sonstige Ueberbleibsel vergangener Sommerzeit stehen, so bin ich versucht, dem Gartenbesitzer ein kleines Privatstimium zu geben, um ihm eindringlichst den Nachteil solcher Unbedachtsamkeit klarzulegen.

Eher gefällt es mir schon, wenn die Gartenbeete großhollig umgegraben liegen und so der Frostwirkung eine bessere Möglichkeit zu geben. Es freut mich aber auch, wenn ich in Gärten zur Winterzeit alle unentpflanzten Beetflächen aufgehäufelt finde. Liegt das Beet eben, so wird nur die Oberfläche intensiv vom Frost erfaßt. Häufeln wir, so verdoppeln wir gleichsam die Bodenoberfläche und damit auch die gute Wirkung. Die

Häufelarbeit kann bei größeren Flächen mit dem Pflug, sonst mit der breiten Hacke, bei schwerem Boden mit dem Spaten geschehen.

Ein anderer Vorteil dieser Winter-Häufelarbeit ist es, daß im zeitigen Frühjahr eher an die Arbeit gegangen werden kann. Man soll doch bestmöglich mit dem Beginn der Frühjahrsbodenarbeit warten, bis der Boden abgetrocknet ist. Es ist klar, daß der gehäufelte Boden schneller trocknet. Nach meinen Erfahrungen ist der Zeitunterschied oft acht bis vierzehn Tage; das lohnt sich, zumal auch eine schnellere Frühjahrserwärmung im gehäufelten Land eintritt. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß eine Winterbodenpflege in der dargestellten Form eine wertvolle Bereicherung unserer Pflanzkultur darstellt. Man sollte mehr darauf achten. G. M.

Der Kampf mit den Schmugglern

Grenzbeamter wird im Beisein seiner Familie von einem Schmuggler erschossen

SS. Miasa, Kreis Czarnikau, 18. Januar. Am Sonntag abend gegen 16.30 Uhr befand sich der geheime Grenzbeamte Jan Gies von hier mit seiner Frau und zwei Kindern auf dem Wege zu guten Bekannten. Ungefähr 3 Kilometer vom Dorfe entfernt, ca. 100 Meter vom Bahnwärterhäuschen, begegneten sie einem Mann mit mehreren Paketen, welche am Rade befestigt waren. Der Beamte glaubte einen Schmuggler vor sich zu haben. Er rief ihn an und ging dem Fremden zehn Schritt entgegen, während die Frau mit den Kindern zurückblieb. Der Schmuggler suchte anscheinend die Papiere, zog aber plötzlich einen Revolver und gab drei Schüsse auf den Beamten ab, die ihn in den Bauch und in die Brust trafen. Der Beamte brach sofort zusammen. Der Mörder entfloh leider unerkannt mit seinem Rade.

Der in der Nähe wohnende Bahnwärter alarmierte sofort die ganze Bahntrasse. Gleichfalls wurden alle Grenzbeamten und Gendarmen des Bezirks zur Auffindung des Mörders auf die Beine gebracht. Die Spur wurde aber bisher nicht gefunden. Gies wurde noch lebend ins Spital nach Samter eingeliefert, soll jedoch schon den schweren Verletzungen erliegen sein.

Inowroclaw

z. Schweinepest erloschen. Der Starost des Kreises Inowroclaw gibt bekannt, daß die Schweinepest auf dem Dominium Edwinowo erloschen ist.

z. Die Leitung der Deutschen Bücherei Inowroclaw gibt bekannt, daß auf Wunsch auswärtiger Leser die Bücherei einmal in der Woche auch einmal vormittags geöffnet sein wird, und zwar an jedem Freitag vormittag von 11 bis 12 Uhr. Außerdem findet wie bisher der Bücher Austausch an jedem Dienstag und Freitag von 5-6 Uhr nachmittags statt.

z. Höchstpreise für Fleisch und Baconwaren in Landkreise Inowroclaw. Nach einer Bekanntmachung des Herrn Kreisstarosten Inowroclaw sind auf Verordnung des Herrn Innenministers für den Landkreis Inowroclaw folgende Höchstpreise festgesetzt: Für ein Dreipfundbrot 62 Gr., für eine Semmel von 45 Gramm 4 Gr., Fleischpreise per Kilogramm: Schweinefleisch Kammitid 1,70, Karbonade 1,40, Bauchfleisch 1,40, frischer Speck 1,80, Filet 1,80, frische Rippen 1,40, dices Eisbein 1 Zloty, Dünnschinken 30, Geflügel 40 Gr.; Rindfleisch: Brühfleisch mit Knochen 1,20, ohne Knochen 1,60, Hack-

Osnen

1. Grecher Diebstahl. In der Nacht zum 12. drangen Diebe in das Gehöft des Landwirts Schönrock in Thorsfelde ein. Nachdem sie eine Hinterwand der Waschküche eingerissen hatten, stahlen sie einen großen Posten eingeweichter Wäsche. Scheinbar dieselben Diebe besuchten in der gleichen Nacht den Schweinehof des Landwirts Brzecki, um 4 fette Schweine zu stehlen. Einer der Hausbewohner, der von dem Geräusch wach geworden war, ging auf den Hof. Gefahr witternd, zogen es die Banditen vor, zu flüchten. Die beiden besten Schweine waren bereits abgeschlachtet. Ohne jedoch etwas von der Beute mitnehmen zu können, entkamen die Banditen spurlos.

Der Kampf mit den Schmugglern

Grenzbeamter wird im Beisein seiner Familie von einem Schmuggler erschossen

SS. Miasa, Kreis Czarnikau, 18. Januar. Am Sonntag abend gegen 16.30 Uhr befand sich der geheime Grenzbeamte Jan Gies von hier mit seiner Frau und zwei Kindern auf dem Wege zu guten Bekannten. Ungefähr 3 Kilometer vom Dorfe entfernt, ca. 100 Meter vom Bahnwärterhäuschen, begegneten sie einem Mann mit mehreren Paketen, welche am Rade befestigt waren. Der Beamte glaubte einen Schmuggler vor sich zu haben. Er rief ihn an und ging dem Fremden zehn Schritt entgegen, während die Frau mit den Kindern zurückblieb. Der Schmuggler suchte anscheinend die Papiere, zog aber plötzlich einen Revolver und gab drei Schüsse auf den Beamten ab, die ihn in den Bauch und in die Brust trafen. Der Beamte brach sofort zusammen. Der Mörder entfloh leider unerkannt mit seinem Rade.

Aleho

o Aus den deutschen Berufsorganisationen: Sitzung der Welage. Die Gruppe Aleho der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft hielt ihre letzte Sitzung im Saale von Klem hier ab. Daß diese Sitzung einen erfreulichen Verlauf zeigte, ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß in ihrem Mittelpunkt ein Vortrag von Herrn Wielenbaumeister Plate-Pofen stand. Der Vortragende wußte denn auch tatsächlich in mehrfacher Hinsicht durch anschauliche Ausführungen in so interessanter und den neuesten Forschungen entsprechender Weise über zeitgemäße Wirtschaftspraxis, Edelmistverfahren, Eigenfütterergewinnung und besonders über die Anbaumöglichkeiten der Sojabohne zu sprechen, daß Mitglieder und Gäste mit größter Anteilnahme dem Vortrage folgten und schließlich eine Fülle praktischer Anregungen mitnahmen. Während der lebhaften Ansprache stellte Herr Rittergutsbesitzer Gohlfte-Gohlfau seinen Besitz für Anbauversuche mit Sojabohnen zur Verfügung.

o Die Hauptversammlung der Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe findet am 24. Januar um 4 Uhr im Vereinslokal Klem statt, woran sich ein gemütliches Beisammensein anschließen soll. Musik- und Gesangsvorträge sollen geboten werden, von der Abhaltung eines Wintervergnügens hat man aber mit Rücksicht auf die herrschenden Notzeiten mit vollem Recht abgesehen.

o Großer Schaberbrand. Auf der der hiesigen katholischen Kirche gehörenden Propstei verbrannten drei Getreideschäber, bei denen man schon am vorhergehenden Tage den Ausbruch begonnen hatte. Von dem stehengebliebenen Dreischlag verbrannte der Dreischlag.

Obornit

v. Amtliche Bekanntmachungen. Herr Robert Siewert aus Popuchowo ist an Stelle von Stejan Markowski als Stellvertreter der Gutsvorstand von Popuchowo vom Starosten bestätigt worden. Der Privatförster Wjeczecznicki aus Kischewko I ist an Stelle von Heinrich Gajans zum Ständesbeamtenstellvertreter im Bezirk Stobniza ernannt worden.

Rittschernwalde

v. Unglücksfall. Dem 19jährigen Arbeiter Hugo Spletter fuhr bei der Arbeit die Art ins Bein. Leider mußte der Verunglückte längere Zeit auf Hilfe warten, da der Arzt beruflich über Land gefahren war.

Bentfchen

ti. Statistik. Nach der letzten Volkszählung zählt unsere Stadt 5405, Neutomischel 2502, Neustadt bei Binne 2526 ständige Einwohner. Der ganze Kreis Neutomischel hat 50 894 Einwohner. Die kleinste Gemeinde im Kreise ist Larnowice mit 72 ständigen Einwohnern, die größte Bilewice mit 1212 Einwohnern. Im Kreise haben Gemeinden über 1000 Einwohner: Glinno 1093, Popowo 1151, Walsowo 1147 und Solowice 1212. Weniger als 100 Einwohner haben die Gemeinden Chudopice 90, Dabrowa 83, Koza 97, Larnowice 72.

ti. Mühlbau. Der Neubau der Dampf- mühle Gebrüder Grzybowski, welche im September 1930 abgebrannt ist, ist im Rohbau bereits fertig. Jetzt wird an der inneren Einrichtung der Maschinen gearbeitet. Mit der Inbetriebnahme der Mühle ist etwa Anfang April d. Js. bestimmt zu rechnen. Die Dampf- und Schneidemühle beschäftigte durchschnittlich 60-80 Arbeiter, so daß die Inbetriebnahme der Mühle für die Arbeitslosen eine große Erleichterung bringen wird. Zur Hebung der Arbeitslosigkeit hat der Magistrat eine Ausbesserung der Wege sowie Waldarbeiten in der Städtischen Forst in Angriff genommen. Der Stadtforst umfaßt etwa 150 Hektar und ist vor 5 Jahren um etwa 45 Hektar vergrößert worden.

Lissa

k. Ein Feuer entstand in den Abendstunden des vergangenen Freitag in der Wohnung des Herrn Szejka an der Mittelgasse. Dem sofortigen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Feuer im Keime zu ersticken. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet.

k. Wieder im Amt. Wie wir erfahren, übernahm am heutigen Dienstag Herr Komarowski wieder seine Tätigkeit als 1. Bürgermeister unserer Stadt. Die Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit erfolgte auf Grund einer Anordnung des Posener Wojewoden.

k. Vom Standesamt. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar wurden am hiesigen Standesamt 4 Todesfälle registriert. - Im Laufe des vergangenen Jahres sind 500 Geburten (58 unehelich), 310 Todesfälle gemeldet und 178 Ehen geschlossen worden.

Abeltau

t. Die Ortsgruppe der Welage in Honig hielt am Sonntag im dortigen Gasthause eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Drigalla, begrüßte die zahlreich erschienenen und wünschte dem Verein und allen Mitgliedern ein gesegnetes neues Jahr. Sodann erteilte er Herrn Dr. Günther-Sarbin das Wort zu einem Vortrag über „Wirtschaftliche Tagesfragen“. Nach einer regen Debatte über die Ausführungen des Redners wurde die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Die französischen Beschuldigungen Das Rüstungsmärchen von Deutschland

Während die Reparationskonferenz von französischer Seite „vorbereitet“ wird, sucht man auch schon Sprengstoff für die Genfer Abrüstungskonferenz zusammenzutragen. Die Zeitungsausschnitte häufen sich, in denen Deutschland der geheimen Rüstungen bezichtigt und das Harmloseste, was von deutscher Seite geschieht, in diesem Sinn verdächtigt wird.

gen über seinen Rüstungsstand zu unterbreiten, und daß es unzumutbar sei, ohne Kenntnis dieser Dinge weiterberaten zu werden. Schließlich wird auf die besonders gefährliche Entwicklung der italienischen Luftstreitkräfte hingewiesen. Es handelt sich hier um eine Saat, die jetzt in Erwartung der Abrüstungskonferenz aufgeht und zum großen Teil schon vor geraumer Zeit finanziell und moralisch unter der Leitung des verstorbenen Kriegsministers Maginat vom Kriegsministerium, dem Generalstab und der französischen Rüstungsindustrie angejät worden war.

lebt. Er hat sie wohl selbst als die glücklichsten seines Lebens bezeichnet. Er hat hier aber auch das Volkstied des lettischen Volkes kennen gelernt und mit empfindlicher Seele auch dem Lettenvolk selbst freundliches Versehen entgegengebracht. Lange Jahre später haben Verehrer Herders ihm nahe dem Dom ein schlichtes Zeichen der Dankbarkeit errichtet: eine Büste auf bescheidenem Sockel, auf dem die Herder-Worte stehen: „Licht, Liebe, Leben.“

Kauft Abessinien deutsche Waren? Märchenprinz besucht Deutschland

Der Kronprinz von Abessinien incognito in Berlin In diesen Tagen wird der Kronprinz von Abessinien incognito in Berlin eintreffen, um hier Bestellungen für Rechnung der abessinischen Regierung vorzunehmen.

Eingewickelt in einen leuchtend weißen Burnus, einen flachen Franzosen-Stahlhelm auf dem dunklen Semiten-Schädel, so wandelt über die Leinwand der Tonfilmwoche ein blutjunger afrikanischer Herr vorbei an den in Parade aufgestellten französischen Truppen in Paris: Seine kaiserliche Hoheit, der Kronprinz von Abessinien. Wenige Tage später ist er in London; im roten Galarock der königlichen Leibgarde sehen wir ihn, wie er aus den Händen des Königs seine Bestallung als Ehrenoberst irgendeines Hochländerregiments empfängt. Und jetzt wird er — incognito allerdings nur — auch in Berlin erscheinen, um der Hauptstadt des Deutschen Reiches seinen Besuch abzutun, gleichzeitig aber auch neue Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Abessinien anzuknüpfen.

Offiziell wird man von der kaiserlichen Hoheit aus Nordafrika nur wenig Notiz nehmen; er wird wahrscheinlich den Reichspräsidenten aufsuchen und die Botschaften Englands und Frankreichs, das wird aber auch alles sein. Inoffiziell allerdings wird man ihn kaum anders behandeln als seine Vorgänger, den inzwischen unfreiwillig ins Privatleben übergegangenen Aman Ullah und den König Fuad von Ägypten. Das ist nicht nur selbstverständliche Höflichkeit, sondern auch wirtschaftliche Klugheit.

Am Handelsbeziehungen zu Abessinien bewerben sich nicht nur England und Frankreich, sondern auch Deutschland und Amerika. Etwa 1,12 Millionen Quadratkilometer groß und mit nur rund 12 Millionen Menschen besiedelt, ist das Land noch ungeheuer aufnahmefähig für europäische Industriewaren. Eisenbahnen müssen gebaut werden (es sind nur 700 Kilometer Gleisanlagen vorhanden), die Post ist modernisierungsbedürftig (es gibt nur 3500 Kilometer Telegraphen- und nur 2200 Kilometer Fernsprechkabel). Auch Industrie ist „Kolla“, das heiße Land, noch stark im Rückstand. Und die Annahme, daß deutsche Qualitätswaren und Maschinen dort leicht Absatz finden können, ist durchaus nicht unberechtigt. Nur muß auch der Abessinier vorher natürlich seine Geschäftspartner kennenlernen — und zu diesem Zweck eben kommt Seine Kaiserliche Hoheit, der Kronprinz, jetzt nach Deutschland.

Strich über seine Einstellung zur Reichspräsidentenwahl

München, 16. Januar. Im „Bölkischen Beobachter“ erläutert Staatsminister a. D. Dr. Frick seine Haltung in der Frage der Verlängerung der Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten. Er erklärte u. a., es sei eine Fälschung, wenn die Presse behauptet, er habe in seinen Reden in Rempten, Lindau und Wangen der Kandidatur Hindenburgs ein „glattes Nein“ entgegengelegt. Er habe sich vielmehr nicht so sehr gegen diese Kandidatur, wie gegen die Fortdauer der Zentrumsdiktatur des Herrn Reichspräsidenten Brünning gewandt und gesagt, den Nationalsozialisten falle es nicht ein, die Hand zu einer Verlängerung dieser Diktatur zu bieten. Sie würden, wie schon bisher, jede Gelegenheit ergreifen, dieser Diktatur so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten. Wenn wider Erwarten der Sturz des Kabinetts Brünning nicht schon früher erfolgen sollte, so sei der Tag der Reichspräsidentenwahl der äußerste Termin, um dem System Brünning durch Aufstellung einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur die letzte Stütze zu entziehen.

Militärischer Anschauungsunterricht in der Haushaltskommission des Sejm

Warschau, 19. Januar. (Eig. Tel.) Gestern wurde in der Haushaltskommission des Sejm über das Budget des polnischen Kriegsministeriums beraten. Der Referent, Abg. Polakiewicz, hob eingangs hervor, daß im bevorstehenden Budgetjahr die Motorisierung der Armee weiterhin durchgeführt werden würde. Es soll die Pferdekraft nach Möglichkeit durch motorische Kraft ersetzt werden. Ein weiteres, sehr wichtiges Arbeitsgebiet sei die Panzerung der Armee und die Verstärkung der Tankwaffe. Auch das Kampfflugwesen müßte erheblich ausgebaut werden, ebenso wie die Marine weitere umfangreiche Investitionen erfordere. Es sei bereits gelungen, durch den Preissturz für landwirtschaftliche Artikel bei den Ausgaben für die Verpflegung der Armee 44 Millionen zu sparen, die für andere Rüstungszwecke Verwendung finden könnten. Trotzdem sei der Rüstungsprozess noch lange nicht abgeschlossen, und besonders bei der Marine wären noch viele Anschaffungen notwendig.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Referent die Entwicklung der Kriegsindustrie und stellte fest, daß auf allen Gebieten die Waffenindustrie in der Ausdehnung begriffen sei. Natürlich könnten die Waffenfabriken in Friedenszeiten nicht ununterbrochen Waffen fabrizieren, sie würden aber dazu benutzt, um Schreib- und Nähmaschinen herzustellen. Bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz verfuhr der Redner nachzuweisen, daß die militärischen Ausgaben Polens, an den Ausgaben anderer Staaten gemessen, sehr gering seien. Dabei müsse aber noch die besondere Lage Polens berücksichtigt werden. Polen sei nicht in der Lage gewesen, sein Militärwesen ebenso schnell auszubauen wie andere Staaten, und das müsse in beschleunigtem Tempo nachgeholt werden. Ein eventueller Beschluß der Abrüstungskonferenz auf Einschränkung der militärischen Ausgaben könnte von Polen nur dann angenommen werden, wenn eine entsprechende Kontrolle für alle Staaten gesichert wäre, damit es den anderen Staaten nicht möglich sei, diese Einschränkungen zu umgehen. In der Aussprache wurden einige Positionen des Budgets des Kriegsministeriums kritisiert. Der sozialistische Abgeordnete Pozak unterstrich, daß innere Fragen vielfach einen Einfluß auf das Militär ausgeübt hätten, und betonte, daß die Fragen der nationalen Minderheiten kurzfristig geregelt würden, und zwar dadurch, daß man Angehörige der nationalen Minderheiten solchen Regimenten zuweise, die in anderen Gebieten garnisoniert sind. So könne man diese Fragen nicht erledigen. Zum Schluß ergriß der Bizekriegsminister General Skladkowski das Wort und wies die Kritik zurück. An Hand einer großen Reihe

Was der Tag sonst noch brachte

Rom, 19. Januar. Eine Abordnung des deutschen katholischen Gesellenvereins überreichte dem Papst eine Büste Kelpings, des Gründers des Vereins. Der Papst dankte in deutscher Sprache. Southampton, 19. Januar. Die Regierung beabsichtigt aus Ersparnisgründen den Vertrag für den Bau des sechsmotorigen Riesen-Wasserflugzeuges für die Zivilluftfahrt zu annullieren. Lahore, 19. Januar. Die Boykottbewegung hat gestern hier durch die Ausstellung von Kongreßteilnehmern vor ausländischen Tuchgeschäften begonnen. Prag, 19. Januar. Der russische Schriftsteller Tschirikoff ist gestern im Alter von 60 Jahren hier gestorben. Berlin, 19. Januar. In Reinickendorf-Ost kam es um Mitternacht zu einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei es bisher einen Schwerver- und sechs Leichtverletzte sowie zwei Tote gab, und zwar den 49jährigen nationalsozialistischen Kunstmaler Ernst Schwarz aus Frohnau und den 29jährigen kommunistischen Arbeiter Fritz Klement. 49 Nationalsozialisten und 12 Kommunisten wurden verhaftet. Washington, 19. Januar. Das Repräsentantenhaus nahm den vom Senat genehmigten Kredit von 450 000 Dollar Delegationskosten für die Abrüstungskonferenz an. Bilbao, 19. Januar. Wegen der blutigen Zu-

sammenstöße zwischen Tradionalisten und Sozialisten sind bisher 51 Personen verhaftet worden. Rom, 19. Januar. Die römische Presse unterstreicht wiederum die Notwendigkeit einer radikalen Lösung des Reparationsproblems. Berlin, 19. Januar. Die Korrespondenz „Osthilfe“ berichtet: Die Oststelle arbeitet zur Zeit an einer ganz neuen Vorlage, die dem Bedürfnis nach neuen und wirklich ausreichenden Mitteln Rechnung tragen soll. Die Annahme, daß ein Bedarf von insgesamt 800 Millionen Reichsmark für das Sicherungsverfahren einerseits und die Entschuldung andererseits in Frage kommt, scheint dem Entwurf zugrunde zu liegen. Jena, 19. Januar. Anlässlich der Reichsgründungsfeier wurde der Amerikaner Richard Bartholdt aus Schley in Thüringen zum Ehrenbürger der Universität ernannt. Berlin, 19. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichskanzler Dr. Brüning Vorstellungen gegen die beabsichtigte Erhöhung des Butterzolls erhoben. Oldenburg, 18. Januar. Die Listen für das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sind geschlossen worden. Es liegen 51 600 Einzeichnungen vor. Die für den Erfolg des Volksbegehrens erforderliche Zahl beträgt 20 000.

von militärischen Gegenständen, die von Offizieren vor den Mitgliedern der Haushaltskommission demonstriert wurden, wies er die großen Fortschritte des polnischen Rüstungswesens in der letzten Zeit nach. Er führte aus, daß er am liebsten mit einer Haubitze, Maschinengewehren und Handgranaten in die Kommission gekommen wäre, aber er befürchtete, daß er dadurch einen schlechten Eindruck gemacht hätte. Das Budget des Kriegsministeriums wurde von der Kommission in der vorliegenden Fassung angenommen.

Entscheidung über die Organisation des Danziger Eisenbahnwesens

Warschau, 19. Januar. (Eig. Tel.) Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat gestern dem Danziger Senat sowie dem General-Kommissar der polnischen Regierung, Straßburger, drei Entscheidungen in Streitfragen bezüglich der Verwaltung des Eisenbahnwesens im Danziger Freistaat überreicht. Der erste dieser Streitpunkte bezieht sich auf das Aufsichtsrecht über die Eisenbahnverwaltung im Danziger Gebiet. Der Hohe Kommissar hat entschieden, daß dieses Aufsichtsrecht ausschließlich den polnischen Behörden zustehe. Die zweite Streitfrage betraf die Einrichtung einer besonderen Verwaltungsbehörde für die Bahnen auf dem Danziger Gebiet, und hierin hat der Hohe Kommissar dem Danziger Standpunkt recht gegeben. Polen ist der Entscheidung des Völkerbunds zufolge verpflichtet, im Gebiet der Freistadt Danzig ein selbständiges Direktionsorgan für die Eisenbahn zu schaffen. In der Frage der Beamtenberechtigungen für die in dem betreffenden Gebiet angestellten Eisenbahnbeamten lautet die Entscheidung des Hohen Kommissars dahingehend, daß das Verwaltungsrecht in Personalfragen der Eisenbahn der polnischen Eisenbahnverwaltung zustehe.

Hoffnungslos

Das Beuthener Grubenunglück Von den sieben Verschütteten auf der Karthens-Zentrumgrube sind nunmehr nach härtester Arbeit zwei tote Leute geborgen worden. Es handelt sich um die Häuer Heinrich Weiß und Ignaz Mich, beide aus Beuthen. Einer wurde in den späten Abendstunden des Sonnabend, der andere am Sonntag nachmittag freigelegt. Nach dem Befund der Leichen und dem Zustand der Strecke ist anzunehmen, daß beide nach dem Streckeneinsturz einen schnellen Tod gefunden haben und nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, erst nach tagelanger Qual. Man fand die Leichen an verschiedenen, ziemlich weit auseinanderliegenden Stellen. Die Versuche zur Bergung der restlichen fünf Mann werden unermüdlich fortgesetzt, doch ist die Hoffnung, noch jemand lebend vorzufinden, verschwindend gering. Noch nicht geborgen sind die Häuer Ernst Marr, Max Karz, Paul Schmidt und Stanislaus Erber, sämtlich aus Karz, sowie der Fördermann Alois Ksienzyk aus Birkenhain. Auch heute haben sich dem Bergungswerk wieder ungeheure Schwierigkeiten entgegengestellt. Überall stößt man auf neuen, frischen Bruch, dessen Ausmaße nicht zu übersehen sind. So sehr man sich nach dem großen Erfolg vom vergangenen Sonntag auch allseitig dagegen sträubt, wird man sich allmählich doch mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß das Gestein wohl kaum noch einen der restlichen Verschütteten lebendig wieder hergeben wird. Vorläufig wird mit dem Mut der Verzweiflung weiter gearbeitet, um nichts unverzucht zu lassen und, wenn schon kein Lebender mehr zu bergen sein sollte, wenigstens durch Auffinden der Leichen der quälenden Ungewißheit aller Beteiligten ein Ende zu bereiten.

Glossen

Christen, Juden Der gewöhnliche und Feueranbeter. Sterbliche weiß im allgemeinen, daß es Katholiken, Evangelische, Reformierte und Israeliten gibt. Vielleicht auch noch einige versprengte Mohammedaner, Orthodoxe und Buddhisten. Daß es aber daneben z. B. in Deutschland Feueranbeter, „Heilige der letzten Tage“, „Gemeindeengel Jehovas“, „11 000 Jungfrauen“, „Evangelische Masbasaniten-Gemeinde“, „Ottobrennianer“, „Weinbrennianer“, „Doopsgeind“ gibt, daß es in Deutschland neben den 39,4 Millionen Anhängern der Evangelischen Landeskirchen 20,2 Mill. Katholiken gibt, die nicht weniger als 187 einzelnen Organisationen angehören, davon acht man erst etwas, wenn man sich einmal die Konfessionsstatistik klar macht. Die griechisch-katholische und orientlich-orthodoxe Kirche umfaßt ebenfalls 31 verschiedene Gruppen. An Sekten gibt es 288, dazu kommen 97 Gemeinschaften und 91 Gruppen. Die Israeliten sind ebenfalls auf 22 selbständige Organisationen verteilt. 1,12 Millionen sind als glaubenslos zu bezeichnen. Unter den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften gibt es Anhänger Zarathustras, Sonnenanbeter, Bramahnen usw. An Weltanschauungsvereinigungen bestehen 97 Gruppen, darunter Theosophen, „Ohne Gott“, „Ohne Seligkeit“, „Sextanten“ und ähnliche Gebilde.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jersch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jersch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. A. G. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Heute nachmittag verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, unser bester Vater, Schwieger- und Großvater, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

der Landwirt

Adolf Bloch

im Alter von 69 Jahren.

Im Namen aller Trauernden
Alara Bloch, geb. Koerth

Wielka, den 17. Januar 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 21. d. Mts., nachmittags 1/2 8 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Radfahrer - Saal - Sportfest

Reigen u. Kunstfahren :: Radballspiele



Otto Mix ul. Kantaka.

Tanz

am Sonntag, dem 24. Januar 1932, in den Räumen des Zoologischen Gartens zu Poznań. Beginn pünktlich 5 Uhr nachm.

Mitwirkung: Radfahrer - Vereine Grudziadz, Nomy Tomysl, Krotoszyn, Poznań, sowie Auftreten des deutschen Meisters im Kunstfahren Herrn Gerhard Heidenreich a. Breslau.

Vorverkauf der Eintrittskarten in der Fahrrad-Handlung

Eintrittspreis 2 zł pro Person einschl. Steuer.

Radfahrer-Verein Poznań.

Zaun - Getlecht

verzinkt
2,0 mm stark 1.— zł
2,5 mm stark 1,20 zł
pro mtr.
Einfassung lfd. mtr. 22 gr.
Stacheldraht lfd. mtr. 15 gr.
Alles FRANCO
Drahtgetlechtfabrik
Alexander Maennel
Nowy Tomysl W. 5.

Glas

Garten-, Fenster-, Ornament-, Katedral-, Roh-, Draht- und Farben-Glas ect., Glaserklitt, Glaserdiamanten und Spiegel
Schaufenster scheiben empfiehlt
Polskie Biuro Sprz. Szkła Spółka Akcyjna, POZNAŃ, Mate Garbary 7a, Tel 28-63.
Filiale in Łódź: ul. Pusta 15/17, Tel. 134-53.

Möbel

Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen

in solid. Ausführung zu billigsten Preisen
empfehl
Möbeltischlerei

Waldemar Günther
Swarzędz, ul. Wrzesińska 1.

SOEBEN ERSCHIEN:



Als Geheimagent in Rußland, England, Belgien und Frankreich. Erzählt von

WALTER HERRMANN

Die Aufgaben, mit denen Walter Herrmann betraut wurde, brachten ihn in die gefährlichsten Situationen. Nach großen Erfolgen wurde er vor Ausbruch des Krieges verhaftet und zur Verschickung auf die Teufelsinsel verurteilt.

Geheftet 2.50 M., Ganzleinen 3.50 M.
VERLAG SCHERL / BERLIN

Auslieferung für Polen durch die
KOSMOS Sp. z o. o.
Gross-Sortiment. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kiefern-Bau- u. Tischlerholz
gibt freihändig ab die Rittergutsforst Bronkowo pow. 'migiel.

Ingenieur-Schule Weimar
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Fliegerzeugbau / Fliegerschule / Papertechnik
Elg. Lehrwerkstätten
Deutschland
Prospekt anfordern

Als Vermählte empfehlen sich
Fritz Wallmann
u. Frau Gerda geb. Hirsch.
Brunów, im Dezember 1931.



Inventur - Ausverkauf

vom 18. bis 31. Januar zu sehr herabgesetzten Preisen.

Kazimierz KUŻAJ, Teppich-Zentrale
ul. Woźna 12, Ecke Wielk. Garbary.

Vom 19. 1. bis 31. 1. 1932 dauert unser Inventurverkauf

zu staunend billigen Preisen. In dieser Zeit ist jedem die Möglichkeit geboten, jederart Stoffe von Weltraf zu tief reduzierten Preisen zu erstehen. Ansehen und sich überzeugen verpflichtet nicht zum Kauf.

Eigene Tuchfabrik in Bielsko (Schlesien) | Eigenes Fabriklager: Poznań, Plac Śto. Krzyski 1.



Stenographie-

Schreibmaschinen und Buchführungskurse in deutscher und polnischer Sprache beginnen am 4. Januar.
E. Tyran, ul. Strzelecka 33 und Poznańska 28/30.

Dame erteilt Bridgeunterricht, zu erfragen Hilfsverband Deutscher Frauen Waly Wazów.

CONCORDIA S. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6. Tel. 6105, 6275.

Familien-Drucksachen

Geburts-Anzeigen
Verlobungs-Anzeigen
Hochzeits-Anzeigen
Trauerbriefe und -Karten

In sauberster Ausführung. Schnell u. billig!

Klavier

sofort zu kaufen gesucht
Dff. m. Preisangabe u. 2411 a. d. Gesch. d. Ztg.

Teilhhaber

Gutgehende größere Möbelabrit mit feiner Kundschaf sucht frillen oder tätigen

Linoleum

Teppiche und Läufer
Wachstuch
und
Tischdecken
sind billiger geworden
Wallgórski
Tapetengeschäft
POCZTOWA 31
vis-à-vis der Post.

Foto-Atelier

Cläre Maab-Schmidtke
in Swarzędz, ul. Strzelecka 4
für künstler. u. einfache
Aufnahmen jeder Art!

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Vaters, des Lehrers a. D.
Ludwig Boehlke
bankten wir im Namen aller Hinterbliebenen hiermit herzlichst.
Otto Joachim u. Frau Olga geb. Boehlke.

Zusammensetzbare BÜCHERSCHRÄNKE
vom kleinsten bis zum größten liefert
Stanisław Skóra i Ska
POZNAŃ, Al. Marcinkowskiego 23
BYDGOSZCZ, ul. Gdańska 163

Abschriftswort (fest) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietsgesuche

Zwei-Zimmerwohnung
mit Küche gesucht. Off. unter 2430 an die Geschft. d. Zeitung.

4-5 Zimmerwohnung

im Zentrum gesucht. evtl. Tausch einer 4-Zimmerwohnung. Off. u. 2428 an die Geschftst. d. Zeitg.

Großfirma

sucht für 2 Herren 3-Zimmerwohnung, mit sämtl. Komfort. Gest. Offerten u. 2427 a. d. Geschft. d. Zeitg.

Zwei-Zimmerwohnung

sucht kinderloses Ehepaar. Miete voraus. Off. unter 2413 a. d. Geschft. d. Zeitg.

Möbl. Zimmer

Bermiete ein oder zwei möblierte Zimmer für Eheleute od. Herrn sofort Strzelecka 20, Wohn. 12.

Möbl. Zimmer zu vermieten.

Skarkowa 15, Wohnung 9.
Gut möbliertes Zimmer zu vermieten. Wolnica 3, Hochpart. L., Wohnung 3.

Unterricht

Klavierunterricht für Anfänger und Fortgeschrittene erteilt bei mäßigen Preisen E. Baesler, Szamarzewskiego 19a, Wohnung 7.

An- u. Verkäufe

Strümpfe zu noch nie dagewesenen Preisen
1.25 kosten
Macco-Strümpfe 2.50
waschseidene Strümpfe 2.65
Macco mit Seide
Dom Trykotaży Masztalarska 6,
vis a vis der Kirche. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Sonderangebot 2,40 zloty

Kopffleischbezug, Bierflischenbezug von 3,90, verziert mit Volant von 4,90, Bierflaschd. 1,90, Bettbezug weiß von 7,90, Ueber-schlaglaken von 9,80, verziert von 11,90, Bettlaken von 4,50. Auf Wunsch Ausführung sämtlicher Bestellungen in kürzester Zeit. Spezialität: Ausstetern.

Wäsche-Fabrik J. Schubert nur Poznań, ul. Wroclawska 3.

Rittergut

1900 Morgen, Kreis Jarocin. Gebäude massiv. Inventar überkomplett, unter sehr günstigen Bedingungen sofort bei Anzahlung von 100000 zł zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt **Rutkowski, Poznań, ul. Grobla 29.**

Güter

und Wirtschaften jed. Größe unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt **Rutkowski, Poznań, ulica Grobla 29.**

Chimmertisch

für 12 Personen, Wäschebind verkauft **Wjazdowa 9/10, Parterre.**

Ecke-Klavier

schwarz, sehr gut erhalten, 1800 zł zu verkaufen. Anfragen unter 2431 an die Geschft. d. Zeitung.

Kartoffeldämpfer

gut erhalten, pro 5 Ztr. Kartoffeln zu kaufen gesucht. Offerten unt. 2429 an d. Geschft. d. Ztg.

Man vermietet

leicht und gut durch die „Klein-Anzeige“ im verbreiteten **Posener Tageblatt.**

Schreibmaschinen

liefert mit Garantie erstklassige neue von 21 690.— und gebrauchte von 21 95.—
Skóra i Ska, Poznań, Al. Marcinkowskiego 23.

Landwirtschaft

142 Morgen, gute Gebäude, ist mit totem und lebendem Inventar sofort veräußlich. Offerten unter 2420 an die Geschftst. dieser Zeitung.

Besseres Alleinmädchen

sucht von sofort Stellung. Gute Zeugnisse. Off. unter 2425 a. d. Geschft. d. Ztg.

Stellengesuche

Mediz. geprüfte Masseuse **Krantschwester** empfiehlt sich für medizin. u. kosmetische Massage in und außer dem Hause. **Mlyńska 2, Wohnung 12, Telefon 5409.**

Alteres

in allen Hausarbeiten erfahrenes Mädchen sucht für bald oder 1. Februar Stellung. Offerten unt. 2433 an die Geschftst. stelle d. Zeitung.

Hauschneiderin

empfiehlt sich. **Sokołowa 25 a, Wohn. 7, Mühlfel**

Chauffeur

für Ford-Wagen. Zeugnisse u. Gehaltsanprüche zu senden unter 2434 an die Geschft. d. Ztg.

Wirtschaftsbeamter

evgl., verh. 42 Jahre alt, ohne Familie, mit guten Zeugn., sucht wegen Verkauf per sofort oder später Stellung bei beiderseitigen Ansprüchen. **Zufuhr unter 2432 a. d. Geschft. d. Ztg.**

Weißnäherin

pervert, empfiehlt sich in u. außer dem Hause. Auch auß. Land. Off. u. 2415 a. d. Geschft. d. Ztg.

Offene Stellen

Geucht
nach Gostochowa arbeitssames, ehrliches Mädchen, welches hohen Lohn und die Hausarbeiten verrichtet. Gut deutsch sprechender Lohn. zu französischer Familie mit 8 jähr. Sohn. **Waldia Dff., mögl. m. Bild u. 2426 a. d. Geschft. d. Ztg.**

Suche

für Kindergärtnerin u. St. edangel., 30 Jahre alt, mit Nähtenwissen Stellung. **Frau Lotte Grams, Bialachowko, Gzblewo.**

Bediennungsfran

für die Vormittagsstunden. **g e j u c h i. Kochanowski 24, Wohnung 6.**

Heirat

Junger Mann von 25 bis 30 Jahren findet Gelegenheit zur

Einheirat

in eine Wittschaft von 30 Morgen. Off. u. 2417 an die Geschft. d. Ztg.